

Das Abonnement

auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr.

Bestellungen

nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate

(1/2 Sgr. für die fünfzeilige Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 1. Okt. S. R. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allerhöchstdigst geruht: Dem Kreis-Physikus Kanitz zu Saarbrücken den Rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem berittenen Steuerassessor Kanitz zu Kofel, dem Schullehrer und Küster Steffen zu Antenberg, im Kreise Templin, dem Schullehrer und Organisten Erner zu Zindel, im Kreise Briege, und dem Schullehrer Syd zu Dybbowen, im Kreise Diebste, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Geheimen Ober-Finanzrath Hellwig in Berlin zum Provinzial-Steuerdirektor; und den Professor Dr. Gildemeister in Marburg zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität in Bonn zu ernennen; auch dem Flügel-Adjutanten Sr. Maj. des Königs und Kommandeur des 3. Pajoniregiments, Oberst-Lieutenant Grafen von der Groeben, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Hannover Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Guelphen-Ordens; so wie dem Sekonde-Lieutenant von Rathenow im 6. Kürassier-Regiment (Kaiser Nikolaus I. von Rußland) zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Annen-Ordens dritter Klasse zu ertheilen.

Der Baumeister Baesig zu Dramburg ist zum Kreis-Baumeister ernannt, und demselben die Kreis-Baumeisterstelle daselbst verliehen worden; ferner der Berggeschworne Olivier Birnbaum zu Hirschberg ist zum Bergmeister bei dem Königl. Bergamt zu Rüdersdorf, der Bergreferendarius May Neoggerath zum Berggeschwornen im Bergamtbezirk zu Siegen, und der Bergreferendarius Gottlob Edwin Gallus zum Berggeschwornen im Bergamt zu Waldenburg ernannt worden.

An dem Gymnasium zu Torgau und den mit demselben verbundenen Realklassen ist die Anstellung des Lehrers Bobe als Lehrer der neueren Sprachen genehmigt worden.

CH Posen, 1. Oktober.

Dem Kopenhagener Kabinet mit seinem Glauben an die Alleinherrschaft und die Siegesgewißheit der ultra-dänischen Politik scheint es doch endlich etwas bange geworden zu sein. Die neuesten Thatfachen geben dafür Zeugnis, daß die dänischen Staatsmänner wenigstens nicht mehr so ganz stocktaub für die Stimme Deutschlands sind und daß sie sich vor den deutschen Ansprüchen zu beugen verstehen, wenn sie erkennen, daß dieselben die deutsche Gesamtstaatmacht hinter sich haben. Die Minister haben im Reichsrathe unumwunden erklärt, es sei ihnen nur zwischen einer Suspension der Gesamtverfassung in den Herzogthümern oder einer Bundes-Erektion die Wahl geblieben. Wir ersehen daraus, daß die Herren es bis zu einer aufrichtigen Achtung vor den Rechten der deutschen Landestheile noch nicht gebracht haben; aber wir nehmen doch jedenfalls mit Genugthuung Akt davon, daß sie in dem Begriffe der Bundes-Erektion nicht bloß eine blind geladene Drohung, sondern den Ernst und die Macht deutschen Willens erkennen. Noch ein Weiteres liegt in den Patenten vom 23. September d. J. vor. Wie unzulänglich auch das darin enthaltene Zugeständnis erscheinen möge, so beweist es doch, daß die dänische Regierung nicht in der Lage war, die jüngste Mahnung der deutschen Großmächte so vornehm zu ignorieren, wie die übermüthigen Organe des Dänenthums es gern gesehen hätten. Vielmehr hat das Kopenhagener Kabinet es angemessen gefunden, schleunigst mit einem Akt des Entgegenkommens hervorzutreten, um in seiner Rückänderung an Preußen und Oesterreich doch seiner vielfach beehrten „Versöhnlichkeit“ irgend einen tatsächlichen Anhalt beizufügen. Es ist daher billig, dem Patent vom 23. September einige Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Erklärung, daß der König-Herzog nicht gewillt ist, den Verfassungsvorschlägen der hollsteinischen Ständeversammlung seine Zustimmung zu ertheilen, sagt wohl Niemandem etwas Neues. Schon früher hatte das dänische Kabinet über seine Absichten in dieser Beziehung keinen Zweifel gelassen, und jeder unbefangene Politiker konnte vorhersehen, daß ein dauernder Friede zwischen Deutschland und Dänemark auf den in Antrag gebrachten Grundlagen nicht zu Stande kommen werde. Nun schloß aber die ausgedehnte Fortdauer des gegenwärtigen provisorischen Zustandes eine erste Gefahr für die wichtigsten Rechte und Lebensbedingungen der deutschen Herzogthümer in sich. Mit der Aufhebung der Gesamtverfassung in ihrer Gültigkeit für die deutschen Lande war allerdings von Seiten des Königs-Herzogs ein erster Akt der Gerechtigkeit vollzogen, indem derselbe ein edles Glied des deutschen Bundeskörpers aus den schmachtvollen Banden eines Staatsmechanismus löste, in welchem es verdammt war, dem Hammer dänischer Vergewaltigung ewig als Amboss zu dienen. Aber mit dem Ausscheiden der Herzogthümer aus der Gesamtstaatsverfassung, welche für Dänemark und Schleswig in Kraft blieb, war ein anderer Mißstand gegeben, der nach zwei Seiten hin in das Gewicht fallen mußte. Es war nämlich zu befürchten, daß unter den obwaltenden Umständen Schleswig zu Dänemark in ein Abhängigkeitsverhältnis gerieth, welches eben so sehr nach den allerfrühesten Verpflichtungen der dänischen Krone, als nach den altbegründeten Rechten Deutschlands unstatthaft ist, und andererseits lag die Gefahr nahe, daß die Herzogthümer, nachdem sie dem Drucke entgangen, mit welchem die permanente Dänenmajorität im Reichsrathe sie bedroht hatte, nunmehr auf Gnade und Ungnade der Willkür eines Ministeriums Preis gegeben würden, auf dessen Existenz und Haltung ein fortan unvermischtes dänisches Parlament einen mächtigen Einfluß übt. In letzterer Beziehung giebt das Patent vom 23. September wenigstens einige Aufklärung. Es verordnet, daß endgültige Gesetze in allen Angelegenheiten, welche früher zur Konferenz der hollsteinischen Ständeversammlung gehörten, für das Herzogthum nicht erlassen werden sollen, bevor der ständische Vertretung Gelegenheit gewährt ist, ihr Gutachten in der betreffenden Angelegenheit abzugeben.

Allerdings ist hier nur von einem „Gutachten“ die Rede; aber wir schlagen es schon immer nicht gering an, daß die Vertreter Holsteins Gelegenheit haben werden, gegen etwaige Uebergriffe Dänemarks einstweilen wenigstens ein moralisches Veto in aller

Form einzulegen. Schlimm ist zwar, daß noch immer kein Anerbieten vorliegt, welches den Herzogthümern für ihre Selbstständigkeit, wie für ihren Zusammenhang mit Schleswig, ausreichende Bürgschaft gewährt. Indes bekennen wir offen, daß wir solche Bürgschaften nur in der Herstellung einer streng geordneten Personalunion finden würden.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 30. Sept. [Dringlichkeits-Fragen der auswärtigen Politik; Preußen und die mittel-italienische Frage; die gouvernementale Presse.] Die Politik, welche ziemlich lange hier gefeiert hat, wird in der aller nächsten Zeit wohl wieder eine größere Regsamkeit zeigen. Man erwartet morgen oder übermorgen schon Hrn. v. Schleinitz, und unmittelbar nach der Rückkehr des Prinz-Regenten werden die Mitglieder des Staatsministeriums wieder vollständig um ihn versammelt sein. Die Vorarbeiten für die bevorstehende legislative Session werden dann in regelmäßigen Gang kommen; aber vor Allem wird die Regierung zwei Fragen in Erwägung nehmen müssen, welche im Vordergrunde der auswärtigen Politik stehen: Die Kongressfrage und die deutsche Frage. In letzterer Beziehung hat bereits der Bescheid des Grafen Schwerin auf die Stettiner Adresse das Programm der Regierung nach seinen allgemeinen Grundzügen angedeutet. Man darf als gewiß annehmen, daß diese Grundzüge in den höchsten Regionen genehmigt worden sind und auch in Zukunft die Haltung der preussischen Politik bestimmen werden. Preußen wird gewiß mit fester Hand zu wahrhaft praktischen Reformen der Bundesverfassung die Initiative ergreifen; aber es wird sich von Projekten fern halten, welche unmittelbar einen Bruderkrieg zwischen den deutschen Bundesstaaten in ihrem Schooße tragen. Schon jetzt sollen vertrauliche Unterhandlungen schweben, welche auf wichtige, aber erreichbare Ziele gerichtet sind. Die Kongressfrage dürfte ebenfalls binnen kürzester Frist einen dringlichen Gegenstand der Tagesordnung bilden; denn man erwartet in den nächsten Tagen die Nachricht von der Unterzeichnung des Züricher Friedensvertrages. Da derselbe begreiflicher Weise die mittelitalienischen Verhältnisse einweisen in Statu quo lassen muß, so wird die ergänzende Thätigkeit eines europäischen Kongresses zur unbedingten Nothwendigkeit. — Brüsseler Blätter haben das Gerücht verbreitet, Preußen begünstige die Kandidatur des Grafen von Glandern für den Thron eines neuen Königreichs Petruin. Die Albernheit der Erfindung liegt auf der Hand. Preußen hat noch keine Veranlassung gehabt, mit einem Projekt für die Neugestaltung der mittelitalienischen Staaten hervorzutreten, da es bis jetzt streng darauf hielt, jede Verantwortlichkeit für die Folgen des italienischen Krieges und für die Ergebnisse der Friedensstiftung von Villafranca ablehnen zu dürfen. — Ein Blatt erwähnt des Gerüchtes, daß eine Reorganisation der gouvernementalen Presse bevorstehe. Die Nachricht wird mir von guter Seite bestätigt. Es handelt sich hauptsächlich darum, der „Preussischen Zeitung“ eine weniger unmittelbare Stellung zur Regierung zu geben. Das Blatt wird wahrscheinlich in die Hände eines Privatunternehmers übergehen. Ob auch die Zentral-Preßstelle eine veränderte Organisation erhalten soll, darüber scheint noch nichts festzustehen.

[Die Ertheilung von Schankkonzessionen.] Nach dem Zirkularerlaß vom 26. Juni 1854 sind die königlichen Regierungen ermächtigt worden, diejenigen Unterbehörden ihres Bezirks, welche bei Bewilligung von Schank- u. Konzessionen die darüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht mit der erforderlichen der Absicht des Gesetzes entsprechenden Sorgfalt berücksichtigen, anzuweisen, neue Konzessionen erst dann zu ertheilen, wenn dieselben zuvor die für das öffentliche Bedürfnis der Anlage sprechenden Gründe der königl. Regierung vorgetragen haben und sie das öffentliche Bedürfnis ebenfalls als vorhanden anerkannt hat. Mit Rücksicht darauf, daß die zu Maabregel bei richtiger Anwendung die Erreichung des Zweckes der Allerhöchsten Kabinettsordres vom 7. Februar 1835 und vom 21. Juni 1844 d. h. die Herbeiführung eines entsprechenden Verhältnisses der Schank- u. Anlagen zu dem öffentlichen Bedürfnis, wesentlich fördern kann; andererseits doch nicht zu verkennen ist, daß die formelle Begründung derselben im Hinblick auf den Wortlaut des §. 2 der ersten und des §. 3 der letzterwähnten Allerhöchsten Ordre erheblichen Zweifeln unterliegt, hat der Minister des Innern auf diesen letzten Umstand sich veranlaßt gesehen, die Eingangs gedachte Ermächtigung zurückzunehmen, und durch Zirkular-Verfügung vom 14. September d. J. sämtlichen königlichen Regierungen (exklusive der zu Sigmaringen) aufgegeben, denjenigen Polizeibehörden, welche sich etwa zur Zeit nicht im Besitz der Befugnis zur selbständigen Ertheilung der in Rede stehenden gewerblichen Konzessionen befinden, dieselbe wieder einzuräumen.

[Karl Ritter.] Dieses Jahr, welches mit dem Verluste Alexander v. Humboldt's in der Weltgeschichte bezeichnet ist, hat nicht zu Ende geben sollen, ohne daß die Wissenschaft, die Menschheit noch in neue Trauer versenkt wurde um den geistesverwandten und mitstreubenden Freund, um Karl Ritter (s. gest. 31g.). Nach längeren Leiden, die zuletzt selbst seine, die unermüdete Arbeitskraft untergruben, folgte er dem Vorangegangenen in die Ewigkeit nach. So sind die großen Geister von uns geschieden, welche unsre Erde geistig entlockten und kennen lehrten. Karl Ritter that es, wie es die Geistesfürsten thun, indem er seine Wissenschaft mit allen Lebensquellen nährte und sie dadurch zu einer allbelebenden machte. Die weitgreifende Bedeutung seines Lebens und Wirkens in vollem Umfange zu würdigen, daß ist Aufgabe der Wissenschaft selbst geworden. Wir können der Pflicht gegen den

großen Todten nur dadurch genügen, daß wir uns durch einen Rückblick auf sein reiches Leben annähernd zu vergegenwärtigen suchen, was wir in ihm verloren, was wir durch ihn erhalten haben und besitzen werden. Karl Ritter, bemerkt die „D. A. Z.“, ist einer jener wenigen wahren, großen und edeln Menschen, die nicht allein der Wissenschaft, sondern der Menschheit große Dienste geleistet haben. Er ist es, der die Erdkunde erst zur Wissenschaft erhoben hat. Ende Juli d. J. kehrte Ritter aus Leipzig, wo er sich einer Wadetur wegen aufgehalten hatte, nach Berlin zurück, um eine begonnene Arbeit zum Schluß zu bringen. Bald nach seiner Rückkehr nach Berlin erkrankte er; es stellte sich mit der Zeit große Schwäche und Appetitlosigkeit ein. Aber der immer rege und für alles Edele so empfängliche Geist hat seine Thätigkeit erst mit dem letzten Pulschlag eingestellt; Ritter hatte auch auf seinem kurzen Krankenlager fortwährend gearbeitet. Am 7. August 1779 zu Quedlinburg geboren (er ist also über 80 Jahre geworden), kam er als Knabe von sechs Jahren mit seinem Bruder, der auch jetzt noch in seinem Hause lebt, in das Erziehungsinstitut zu Schnepfenthal, bildete sich später in Halle zum Pädagogen aus und trat 1798 zu Frankfurt a. M. als Erzieher in das Bethmann-Hollweg'sche Haus. Er begleitete seine Söglinge auf die Akademie zu Genua und auf Reisen durch einen großen Theil Europa's. 1819 wurde er zum Professor der Geschichte am Gymnasium zu Frankfurt ernannt. Kurze Zeit darauf (1822) erhielt er einen Ruf als außerordentlicher Professor der Geographie an die Universität und Kriegsschule in Berlin, wo er unverändert bis zum Tode gelebt und gewirkt hat. Ritter's Hauptwerk ist „Die Erdkunde im Verhältniß zur Natur und Geschichte des Menschen“, ein Denkmal echt deutscher Gelehrsamkeit und gründlichster Forschung. (Dr. 3.)

[Entscheidungen.] Das neueste Justizministerialblatt enthält ein Erkenntnis des Obergerichtes, wonach die Geschworenen, wenn sie vom Gericht zur Hebung eines Widerspruchs in ihrer Entscheidung nach dem Berathungszimmer zurückgeschickt werden, berechtigt sind, bei der neuen Berathung mit voller Freiheit und ohne Rücksicht auf ihren früheren Ausspruch, zu Werke zu gehen, mithin auch eine von ihnen früher bejahte Frage zu verneinen; ferner ein Erkenntnis des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, wonach Streitigkeiten über die Einziehung von Pfar- und Kirchenabgaben, welche auf notorischer Ortsverfassung beruhen, vom Rechtswege ausgeschlossen sind.

[Ueberwachung der Versicherungsgesellschaften.] Die Regierung beabsichtigt dem Vernehmen nach, neue Instruktionen für die Ueberwachung des Geschäftsbetriebes der Versicherungsanstalten und besonders der Feuerversicherungsgesellschaften zu erlassen. Es scheint, daß die Reaktionen, welche neuerer Zeit zwischen einer großen Anzahl der letztgenannten Gesellschaften gebildet worden sind, und die zu immer häufiger werdenden Beschwerden aus der Mitte des Publikums, namentlich der Fabrikbesitzer und der Landwirthe, Veranlassung geben, hierbei von Einfluß gewesen sind. (Bfz.)

[Die Durchfuhrzölle im Zollverein.] Das „Preussische Handels-Archiv“ bespricht die Aufhebung der Durchfuhrzölle im Zollverein in seiner neuesten Nummer. Diese Angelegenheit wurde von Preußen schon auf der vorjährigen Generalkonferenz in Antrag gebracht. Es hatte sich bereit erklärt, auf seinen Antheil zu verzichten, um den zollvereinschen Transitverkehr von dieser lästigen und volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Steuer zu befreien. Preußen stieß weitaus die größte Einnahme bei der Repartition derselben zu, und es wurde gehofft, daß die anderen Vereinststaaten diesem Beispiel folgen und einem Aste keine Schwierigkeiten entgegenzusetzen würden, über dessen wohlthätige Folgen eine Verschiedenheit der Ansichten kaum denkbar erschien, den die Wissenschaft als einen notwendigen längst gefordert, um den den Handelsstand seit Jahren dringendst gebeten hatte. Man hegte neue Hoffnungen auf eine gedeßliche, lebenskräftige Wirksamkeit des Zollvereins; denn man sagte sich mit Recht, daß mit Wegfall dieser Steuer unausbleiblich ein neuer Aufschwung des durchgehenden Verkehrs eintreten werde und daß die hieraus entstehenden Vortheile dem zwischen den Zollvereinststaaten bestehenden engen Verbands eine größere Festigkeit und die Aussicht auf bereitwillige Lösung noch anderer die allgemeinen Interessen berührenden Fragen gewähren würden. Das Publikum hatte Preußens Antrag mit freudiger Zustimmung begrüßt. Um so überraschender war die Nachricht, daß derselbe an dem Dissense der großherzoglich badischen Regierung gescheitert sei. Dieses unerwartete Ereigniß war dadurch hervorgerufen worden, daß Baden seine Einwilligung an die heterogene Bedingung geknüpft hatte, daß auch ein anderer Vorschlag Preußens, die Ermäßigung der Rheinzölle betreffend, von den Regierungen der deutschen Rheinverstaaten angenommen werden. Bayern stimmte diesem Reformantrage zu; Großherzogthum Hessen und Nassau verlangten in ihm vorthellhaftere Normirungen der Rheinzölle, Brücken- und Durchlahgebühren, während Preußen zwar an dem Grundsatze festhielt, daß eine gleichmäßige Reduktion der Rheinzölle Seitens aller Rheinverstaaten stattfinden müsse; jedoch in Rücksicht darauf, daß die ungleich wichtigere Angelegenheit der Zollvereins-Transitgebühren davon abhängig gemacht worden sei, einer Verständigung hierüber die Hand bieten wollte. Baden aber versagte seine Einwilligung, und so fiel mit dem Rhein Zollantrage auch die beantragte Aufhebung der Transitzölle: sie blieben unverändert bestehen. Trotz dieser Erfahrung hat Preußen bei der diesjährigen Generalkonferenz der Zollvereinststaaten den Antrag wegen Aufhebung der Abgaben für den Waarendurchgang mit Einschluß der, an Stelle der Durchgangszölle zur Erhebung gelangenden Ausgangsabgaben

und in Verbindung hiermit die von mehreren anderen Vereinsregierungen, insbesondere der badischen, beantragte Ermäßigung der Rheinzölle, wiederholt gestellt und seine Vereinsgenossen abermals aufgefordert, dem Durchgangsverkehr in Deutschland den Schlagbaum unentgeltlich zu öffnen. Was aber bisher über diese Verhandlungen bekannt geworden, erscheint leider wenig geeignet, ein günstiges Prognostikon für den Ausgang darzubieten.

— [Die Seerechtskonferenz.] Die Arbeiten der in Hamburg tagenden Kommission zur Vereinbarung eines allgemeinen deutschen Seerechts sind im besten Gange dergestalt, daß die erste Lesung des diesfälligen Entwurfs schon im November d. J. wird erfolgen können. Preussische Mitglied der genannten Kommission ist bekanntlich der kürzlich zum vortragenden Rath im Justizministerium ernannte Tribunalsrath Pape aus Königsberg. Nach Vollendung des Entwurfs für das Seerecht werden auch die Konferenzen der Kommission zur Verabreichung eines deutschen Handelsgesetzbuchs in Nürnberg wieder aufgenommen werden. (S. 3.)

— [Die Aufhebung der Wucherer Gesetze.] Die „B. V. 3.“ schreibt: Die Frage wegen Aufhebung des beschränkten Zinsfußes ist bekanntlich als eine offene betrachtet und ihre Lösung weiteren Erfahrungen vorbehalten worden; die zeitweilige Aufhebung der Wucherer Gesetze vom 30. November 1857 bis zum 28. Februar 1858 hat eher für, als gegen eine definitive Aufhebung gesprochen. Seitdem trat diese Frage in den Hintergrund; jetzt ist sie indessen im Schooße des Staatsministeriums wieder aufgenommen worden, und es ist mit ziemlicher Gewissheit die Einbringung einer bezüglichen Vorlage zu erwarten. Man ist zunächst bei den Erwägungen darüber auf die zur Zeit abgegebenen Gutachten der Handelskammern zurückgegangen und hat ihren meistentheils bejahenden Inhalt für die Feststellung der Bedürfnisfrage als Maassstab benützt. Andererseits sind auch die Schwierigkeiten nicht unberücksichtigt geblieben, welche sich einer gänzlichen Aufhebung der Wucherer Gesetze entgegenstellen möchten; es ist daher Grund zu der Annahme vorhanden, daß man nur mit einer Modifikation des bestehenden Gesetzes vorgehen dürfte.

— [Die Arbeitsstockung in den hiesigen Fabriken.] Hat seit dem Ende des Krieges nur wenig nachgelassen. Ein großer Theil der hiesigen größeren Etablissements ist genöthigt, um für die nichtentlassenen Arbeiter Beschäftigung zu haben, auf Vorrath zu arbeiten. Die Pflug'sche Wagenfabrik, bekanntlich der Alltiegengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf gehörig, hat seit geraumer Zeit, wie man versichert, nicht eine einzige größere Bestellung erhalten und ist fast ausschließlich auf die schon vor Jahr und Tag übernommenen Lieferungen für die russischen Eisenbahnbauten beschränkt. Sie hat von ihrer früher sehr beträchtlichen Arbeiterzahl etwa 400 außer Thätigkeit gesetzt. (B. 3.)

— [Aufhebung von Zensurverboten.] Bekanntlich wurden Anfang vorigen Jahres Seitens des Ministeriums des Innern auf Grund des §. 52 des Pressegesetzes vom 12. Mai 1851 Vertriebsverbote in Bezug auf mehrere im Auslande erscheinende Blätter erlassen. Wie das „Düss. Z.“ vernimmt, hat der Minister des Innern diese Vertriebsverbote, die sich unter anderen auf die nordamerikanischen Zeitungen: „Die neue Zeit“ (erscheint in Newyork), „Newyorker Kriminal-Zeitung“ und „Velletristisches Journal“, „Wöchentliches Anzeiger des Westens“ (erscheint in St. Louis), „Wisconsin's Demokrat“, erscheinend in Montowic, „Michigan Volksblatt“, erscheinend zu Detroit, die „Newyorker Staats-Zeitung“ nebst ihrem Wochenblatt u., bezogen, wieder aufgehoben.

— [Disziplinargewalt und Kommunalfreiheit.] Ein beobachtenswerther Konflikt ist in dem Städtchen Zehden ausgebrochen. Die königliche Regierung zu Frankfurt a. d. O. will der Stadt einen Bürgermeister (einen ehemaligen Thierarzt, wie es heißt) geben, den die Stadtverordneten nicht acceptiren wollen. Der Stadtverordneten-Vorsteher führte Namens der Stadtverordnetenversammlung Beschwerde und unterwarf das Verfahren der Regierung einer strengen Kritik. Die k. Regierung drohte nun mit Disziplinar-Maassregeln gegen den Stadtverordneten-Vorsteher, und auf die Beschwerde desselben sprach sich der Oberpräsident dahin aus, daß der k. Regierung zweifellos das Recht zustehe, gegen einen Stadtverordneten-Vorsteher Disziplinar-Maassregeln anzuwenden. Gegen diese Entscheidung wird nunmehr der Rekurs bei dem Minister des Innern ergriffen. (K. 3.)

— [Eisenbahnstatistik.] Die jetzt auf der ganzen Erde ausgeführten oder noch im Bau begriffenen Eisenbahnen nehmen 2,956,572 Hektaren, den zehnten Theil des ganzen Territoriums Frankreichs ein. Zu diesen Eisenbahnen und ihrem Material gebraucht man 27,870,000 Tonnen Eisen. Es sind bei denselben auf der ganzen Erde 600,000 Personen angestellt. Die auf den sämtlichen Eisenbahnen um die Erde laufenden Lokomotiven machen jetzt jährlich 888,790,000 Kil., oder 22,119 mal den Weg um die Erde, und in wenigen Jahren wird der Weg 2,293,145,000 Kilom., oder 57,329 mal den Weg um die Erde ausmachen, was gleichkommt 6882 mal der Entfernung von der Erde nach dem Monde oder 15 mal der von der Erde zur Sonne.

Aachen, 28. September. [Arbeitsamkeitsverein.] In der am 26. d. abgehaltenen Bezirksversammlung unseres Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit wurde beantragt: Zu den Unterhaltungskosten der für die Rheinprovinz projektierten polytechnischen Schule, sofern dieselbe in Aachen errichtet wird, vom 1. Januar 1859 an aus den Ueberschüssen des Vereins einen jährlichen Beitrag von 5000 Thalern zu bewilligen, und zwar mit dem Vorbehalte, daß es dem Vereine zu jeder Zeit freistehen soll, diesen Beitrag durch eine Kapitalzahlung von 100,000 Thalern abzulösen. Die Stadt Aachen hat bereits zu den Errichtungskosten einen Beitrag von 200,000 Thalern und die Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft zu den Unterhaltungskosten einen jährlichen Beitrag von 10,000 Thalern bewilligt. Ferner wurde beantragt: Ermächtigung zur Bewilligung von Darlehen an Kreis-Darlehenskassen zu einem ermäßigten Zinsfuß unter Garantie der Kreisstände und nachträgliche Genehmigung eines der Kreis-Darlehenskasse zu Malmédy zu 3 Proz. Zinsen bereits hergegebenen Darlehens von 1500 Thalern. Der dritte Antrag ging dahin: Unter dem Namen „Hansemann-Stiftung“ aus Vereinsmitteln eine Stiftung von 5000 Thlrn. zu machen, letztere zu 5 Prozent zu verzinsen, die Zinsen, so lange eine Einberufung der Reserve oder der Landwehr nicht erfolgt, anzusammeln und solche beim Eintritte der Kriegsbereitschaft oder der Mobilmachung der Armee zur möglichst nachhaltigen und gleichmäßigen Unterstützung der hilfsbedürftigen Familien von zu der Fahne einberufenen Reservisten und Landwehrmännern des Regierungsbezirks Aachen zu verwenden; und der vierte: Unter dem Namen „Pastor-Stiftung“ aus Vereinsmitteln eine Stiftung von 5000 Thalern zu machen, letztere zu 5 Proz. zu verzinsen und die Zinsen jährlich dem Bezirkskommissariate der allgemeinen Landesstiftung National-Dank zur Vertheilung an hilfsbedürftige Veteranen und invalide Krieger, welche im Regierungsbezirk Aachen wohnen und dem Arbeiter- oder Dienstbotenstande angehören oder angehört haben, zu überweisen. Sämtliche Anträge wurden einstimmig angenommen. (A. 3.)

Breslau, 29. Sept. [Gerichtsverhandlung.] Vor dem Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichts wurde am 21. d. in der Untersuchungssache wider den hiesigen Polizeirath Werner verhandelt, welcher des Mißbrauchs seiner Amtsgewalt, der widerrechtlichen Verhaftung eines Menschen, so wie der verbotenen Annahme von Geschenken angeklagt, in erster Instanz ganz freigesprochen, dagegen in zweiter Instanz wegen des ersten Vergehens zu einer dreimonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt worden war. Gegen dieses Erkenntnis hatte die königl. Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde ergriffen, und hatte demzufolge das k. Obertribunal die Sache zur nochmaligen Beweisaufnahme auch über den zweiten Punkt und weiteren Entscheidung in die zweite Instanz zurückgewiesen. In Folge dieses Beschlusses wurde nun am 21. d. vor dem königl. Appellationsgericht die Beweisaufnahme auch über den Punkt, betreffend die dem Polizeirath Werner zur Last gelegte widerrechtliche Verhaftung eines Menschen, von Neuem vorgenommen und schließlich der Angeklagte Werner auch dieses Vergehens für schuldig befunden. Nichtsdestoweniger hat das königl. Appellationsgericht es bei der früheren Bestrafung von drei Monaten Gefängniß belassen, indem es eine ideelle Konkurrenz annahm, d. h. das Vorhandensein zweier strafbarer Momente durch ein und dieselbe Handlung. Auch ist in dem jüngsten Erkenntnis die zeitweise Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter nicht ausgesprochen worden. (Br. M. 3.)

Breslau, 30. Sept. [Die Döwiger Heidengräber.] Schon vor mehreren Wochen, als man den alten Oderdamm zu erhöhen und verstärken anfang, und dazu von der Südwestseite der sogenannten Schwedenschanze Erdreich abstach, stieß man auf ein Lager heidnischer Totdenkmäler. Nittergutbesitzer Korn auf Döwig hatte kaum davon erfahren, als er es sich bei seinem großen Interesse für Alles, was sein Döwig betrifft, sogleich angelegen sein ließ, die Arbeiter gehörig zu instruiren, daß sie mit Vorsicht die Gegenstände der grauen Heidenzeit behandelten, und ihm Alles, was sie davon fänden, abliefern. So sind denn auch an dieser Seite der Schwedenschanze eine ziemliche Anzahl Urnen, mehrere Lanzenspitzen, Nadeln und andere Bronzegegenstände von ihm gesammelt worden. Die meisten Urnen sind jedoch zertrümmert, nebst Tausenden von Scherben, so wie Holz- und Strohhölzer, Knochen, Zähne u. s. w., die alle wohl tausendjährige Begräbnisstätten bezeichnen. Einer freundlichen Aufforderung des Polizeipräsidenten v. Kehler an den Vorstand des Alterthümersmuseums, das Terrain auch wissenschaftlich zu rekonstruiren, ward ihm so leicht entprochen, als zugleich dafür gebürgt war, daß die betreffende Stelle des Erdreichs nicht weiter umgewühlt wurde, als bis die Kommission des Museumsvorstandes sie untersuchte. Die Recherchen sind noch nicht beendet, dürften aber wegen der Zerstörung der Begräbnisstätten, welche durch die später darüber aufgeworfene Schanze zusammengedrückt worden sein sollen, nicht allzu bedeutende Resultate zu Tage fördern. (Br. 3.)

Danzig, 29. Sept. [Zur Marine.] Nachdem der Dampf-Abis „Coreley“ gestern seine Maschine auf hoher See erprobt und bis Hela hinausgelegt hatte, kehrte derselbe Abends zur königlichen Werft zurück. Die Maschine hat sich vortrefflich bewährt. (Danz. D.)

Düsseldorf, 28. Sept. [Der neuentdeckte Planet.] Nach der „Düss. Ztg.“ ist der am 22. d. auf hiesiger Sternwarte entdeckte Planet (i. gestr. Ztg.) auf Ersuchen des Entdeckers vom Professor Martin Hoeck in Utrecht „Mnemophyne“ benannt worden. Die Namen der 57 jetzt bekannten, zwischen Mars und Jupiter sich bewegenden Planeten sind also folgende: Ceres, Pallas, Juno, Vesta, Astraea, Hebe, Iris, Flora, Metis, Hygiea, Parthenope, Victoria, Egeria, Srene, Eunomia, Psyche, Iphigeneia, Melpomene, Fortuna, Massalia, Lutetia, Calliope, Thalia, Themis, Phocaea, Proserpina, Euterpe, Bellona, Amphitrite, Urania, Cyprose, Pomona, Polyhymnia, Circe, Leucothea, Atalanta, Fides, Leda, Laetitia, Harmonia, Daphne, Isis, Ariadne, Nysa, Eugenia, Hestia, Aglaja, Doris, Pales, Virginia, Remea, Europa, Calypso, Alexandra, Pandora, Pseudo-Daphne, Mnemophyne. An diesen Entdeckungen, die sämtlich in diesem Jahrhundert gemacht sind, haben sich Frankreich, England, Deutschland, Italien und Nordamerika betheiligt.

Königsberg, 29. Sept. [Festungsbauten.] Von den bis jetzt noch im Bau begriffenen größeren Bastionen der hiesigen Festung ist das am Philosophendamm belegene Fort Friedrichsburg, ursprünglich von dem großen Kurfürsten vor 200 Jahren angelegt, am meisten vorgeschritten, besonders durch die in diesem Jahre mit verstärkten Kräften vorgenommenen Arbeiten, und wahrscheinlich wird der ganze Bau in diesem Jahre vollendet werden. Das Fort ist zwar auch zu einer Bastion eingerichtet, bildet aber ein eigenes, für sich bestehendes Festungswerk. In Stelle des im Jahre 1852 durch eine Explosion zerstörten massiven Pulverhauses des Forts ist ein neues, mit einem Bligableiter versehenes und mit einem Erdwall umgebenes erbaut worden; dasselbe ist etwas kleiner als das frühere und besteht aus Fachwerk. (Ostpr. 3.)

Köslin, 29. Sept. [Geh. Rath Braun.] Am 19. Sept. ist hier der Geh. Regierungsrath August Ernst Braun gestorben. Er war am 27. Juni 1783 hier geboren, wo sein Vater Kammerer war. Seine Bildung erhielt er im Waisenhaus zu Halle, studierte Jura und trat 1804 als Auskultant in den Staatsdienst. Im April 1813 trat er als selbst angestellter freiwilliger Jäger in das v. Lügowsche Freikorps, wurde im Laufe des Krieges Offizier und kehrte nach hergestelltem Frieden im August 1814 wieder in seine Zivilverhältnisse zurück. Am 1. Mai 1816 übernahm er das Bürgermeistertum in Köslin und wurde 1817 königl. Polizeidirektor daselbst. Das Bürgermeistertum hat er bis zum 1. April 1859 verwaltet, wo eingetretene Krankheit und Alter ihn in fernerer Ausübung desselben hinderten und eine Pensionierung mit

vollem Gehalte erfolgte. Er war korrespondirendes Mitglied des Jugendbundes, von 1824—45 Abgeordneter des Pommer'schen Provinzial-Landtages, 1848 Abgeordneter zur deutschen Nationalversammlung (wo er zuerst den Vorschlag machte, Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen), 1849—51 Abgeordneter für die erste Kammer, 1850 Abgeordneter des deutschen Volkshauses zu Erfurt.

Magdeburg, 29. September. [Kongreß der freien Gemeinden.] Seit gestern tagt hier der Kongreß der freien Gemeinden aus der Provinz Sachsen und den angrenzenden Ländern, dessen Zweck ist, einen Provinzialverband unter den genannten Gemeinden zu Stande zu bringen. Die Vertreter der auswärtigen Gemeinden sind in ziemlich bedeutender Zahl anwesend.

Neufahrwasser, 27. Sept. [Die Korvette „Amazona.“] Kommandant, Lieut. z. S. I. Kl., Kinderling, ist heute Nachmittags in den Hafen eingekommen und sogleich nach der Mannewerft weitergegangen. (D. D.)

Wien, 29. Septbr. [Die Handelskammern.] Es ist schon darauf hingedeutet worden, daß die Auflösung des Handelsministeriums und die Vertheilung der ihm bisher zugetheilten gewesenen Arbeiten unter die anderen Minister von vielen Nebelständen begleitet ist. So haben bisher die Handelskammern, deren nützliche Tätigkeit allgemein anerkannt ist, unter dem Handelsministerium gestanden und sollen jetzt den Statthaltereien untergeordnet werden. Die „Ost. Post“ befürchtet von dieser Neuordnung einen schädlichen Einfluß auf die Handelskammern und schlägt vor, die Bearbeitung der betreffenden Angelegenheiten lieber den Ministerien des Innern und der Justiz gemeinschaftlich zuzutheilen. (Die „Ost. Ztg.“ meldet so eben, daß die Handelskammern von jetzt ab dem Finanzministerium unmittelbar untergeordnet werden. D. Red.)

— [Diplomatische.] Durch das Verbleiben des k. k. H. R. Ritter v. Martini auf dem Gesandtschaftsposten in Neapel kommt der Graf Karoly, der bereits zu dessen Nachfolger für dort ernannt war, wieder in Disponibilität. Derselbe dürfte für einen der in letzter Zeit vacant gewordenen Posten (Haag, Kopenhagen, Karlsruhe) bestimmt sein. Auch Baron v. Langenau, der aus Stockholm hierher berufen worden ist, soll eine andere Bestimmung erhalten, wodurch eventuell auch der Gesandtschaftsposten in Stockholm zu besetzen wäre. — Der hiesige preussische Gesandte Baron v. Werther, welcher sich mit Urlaub auf seinen Gütern in Preussisch-Schlesien befindet, wird im Laufe der nächsten Woche wieder nach Wien zurückkehren.

— [Die Presse in Frankreich.] Die „Presse“ beschäftigt sich mit der Pressefreiheit in Frankreich und sagt am Schluß ihrer Betrachtung: „Wahrlich der Widerstand von unten muß ein mächtiger sein, wenn der „Moniteur“ sich zu Erklärungen dieser Art ermannen muß.“ Die Sache hat aber auch eine andre allgemeinere Bedeutung. Man sehe zurück in die Zeit der Aufregung, der Enttäuschung der Parteien, aus welcher das französische Pressegesetz datirt. Damals handelte es sich, eine vom parlamentarischen Kampfe erhitte Tagespresse zu zügeln, und eine eben erst mit furchtbarer Anstrengung errichtete Regierung vor gefährlichen Angriffen zu schützen. Seitdem sind sieben Jahre verflossen; das Kaiserreich hat Erwartungen entsprochen, die Niemand gehegt, es hat den militärischen Ehrgeiz der Nation befriedigt, und Frankreich nach Außen eine Stellung gegeben, die nichts zu wünschen übrig läßt. Das Kaiserreich ist tonangebend in Europa geworden, aber im eigenen Lande scheint es dieselben Siege nicht errungen zu haben. Binnen sieben Jahren hat sich in Frankreich so wenig geändert, daß der „Moniteur“ von 1859 im tiefsten Frieden die Nothwendigkeit eines Gesetzes proklamiren muß, das in einer Zeit des Aufstiehs und des Parteikampfes als vollkommen genügend betrachtet wurde. Diese einzige Erwägung macht alle anderen Schlußfolgerungen überflüssig, die noch gemacht werden könnten, und es scheint fast, daß der Geist, der jüngst in Italien entseelt wurde, in Frankreich selbst unbequem zu werden beginnt. Mag es immerhin geschehen, und Frankreich dadurch, daß es mit sich selbst beschäftigt ist, verhindert bleiben, sich mit fremden Angelegenheiten zu beschäftigen. Europa kann sich dazu nur Glück wünschen.“

— [Die Steuerreform.] Ueber das kaiserliche Handschreiben, betreffend die Bildung einer Immediatkommission für die Steuerreform, spricht sich der „Wanderer“ folgendermaßen aus: „Es wird sich nun darum handeln, die für jeden einzelnen Kontribuenten unmittelbar wichtige Angelegenheit der Steuerreform mit thunlichster Beschleunigung zu erledigen. Das Allerhöchste Handschreiben bezieht sich jedoch nur die direkten Steuern (Grund-, Gebäude-, Erwerbs- und Einkommensteuer), als in den Bereich der Kommissionsberatungen fallend, und wenn auch nicht in Abrede zu stellen ist, daß in der indirekten Besteuerung gleichfalls noch manche Verbesserung Platz fände, so sind es doch hauptsächlich die direkten Steuern, deren Druck vielleicht nicht so sehr durch ihre gesammte Höhe, als vielmehr durch die Art der Vertheilung ganz besonders und am unmittelbarsten empfunden wurde. Zufällig veröffentlichten auswärtige Blätter gerade jetzt drei Petitionen der venetianischen Zentralkongregation, worin unter Anderm nachgewiesen wird, daß die Grundbesitzer im Venetianischen in diesem Jahre an Steuern beinahe das Dreifache des Reinertrages zu zahlen haben. In den übrigen Kronländern dürfte das Mißverhältniß allerdings kein so schreiendes sein, allein auch hier, namentlich in den ehemals ungarischen Ländern, erheben sich viele Stimmen gegen das bisherige Ausmaß der direkten Steuern. An eine wesentliche Verminderung in der Gesammthöhe dieser Steuern wird wohl nicht früher zu denken sein, als bis sich im Staatshaushalte überhaupt ein günstigeres Verhältniß zwischen den Einnahmen und Ausgaben herausstellt und das drückende Defizit verschwunden ist. Die Kommission hat daher auch vor Allem die Aufgabe, die Bedürfnisse des Staatshaushalts ins Auge zu fassen; allein selbst innerhalb dieser Grenze wird sich bezüglich der Art der Vertheilung manche zweckmäßige Abänderung treffen lassen. Das Allerhöchste Handschreiben wünscht daher auch vor Allem eine „der Zahlungsfähigkeit der Kontribuenten“ entsprechende Vertheilung der öffentlichen Lasten; es liegt darin zugleich eine Anerkennung des Grundsatzes, daß bei Bemessung der Steuern zugleich die Schöpfung des Steuerobjektes ins Auge zu fassen ist, damit die Steuern nicht das Kapital, sondern nur das Erträgniß treffen, und die Steuerkraft nicht einem Maße angepaßt werde, wodurch dieselbe um einer momentan höhern Leistung willen für die Dauer abge-

schwächt wird. Es soll aber auch die Verwaltung der direkten Steuern einfacher und minder kostspielig gestaltet werden, damit nicht die Regie eine ansehnliche Quote des Steuerergebnisses absorbire. So viel wir uns erinnern, ist eine Vereinfachung des Geschäftsganges bereits vor Jahren vom Finanzministerium gewünscht worden, und dieser Wunsch dürfte jetzt um so eher seiner Verwirklichung entgegengehen, als das Prinzip einer möglichst einfachen und wohlthätigen Geschäftsführung für alle Verwaltungszweige angenommen worden ist.

[Zur Warnung.] Die Casimir Esterhazy'schen Loose sind bekanntlich auch weit über die österreichischen Grenzen verbreitet. Es dürfte deshalb auch folgende in der öffentlichen Korrespondenz der Wiener „Presse“ enthaltene Antwort, die sich zunächst auf eine spezielle Anfrage bezieht, in weiteren Kreisen ein Interesse in Anspruch nehmen: „Ueber das Schicksal der Casimir Esterhazy'schen Loose sind die Akten geschlossen. Sie sind gegenwärtig und wahrscheinlich für alle Zukunft werthlos, wenn nicht etwa der besagte Graf eine so große Erbschaft macht, daß es ihm möglich wird, die armen Loosebesitzer ganz oder theilweise zu entschädigen. Einen Nutzen jedoch, und zwar einen sehr wesentlichen, könnten Sie noch aus Ihren Loose ziehen, wenn Sie dieselben als Memento auf die Thüre Ihres Geldschrankes kleben und sich durch diese traurige Erinnerung jedesmal, so oft Sie Geld herausnehmen, neuerdings warnen ließen, dasselbe auf ähnliche Weise bei solchen österreichischen Spekulationen der Gefahr auszusetzen.“

Triest, 28. Sept. [Kontumaz.] Die Zentral-Seebehörde hat Provenienzen aus Syrien unter Kontumaz, jene aus Egypten unter Kontumazreserve gestellt.

Bayern. München, 28. September. [Eine bayrische Stimme über die deutschen Einheitsbestrebungen.] Daß in Bayern über die deutsche Frage noch andere Ansichten herrschen, als die von der „Allg. Ztg.“ und der Majorität der bayrischen Kammer vertretenen, dafür erhalten wir den Beweis durch eine in Bayern viel verbreitete Zeitung, das „Anspacher Morgenblatt“, welches in einer Reihe von Artikeln die Lage Deutschlands in einem echt deutschen Sinne, wie er allein zu einer Verständigung führen kann, bespricht. Wir entlehnen diesen Artikeln einige besonders bemerkenswerthe Stellen:

„Weshalb haben“, so sagt das Anspacher Blatt, „die kriegsführenden Kaiser so eilig, so häufig und unter solchen Bedingungen Frieden geschlossen? Ein Hauptgrund war, nach von beiden Seiten gemachtem Einverständnis, die deutsche nationale Bewegung, und die Möglichkeit der stets und allseitig gedrückten Einigung Deutschlands zu einer geschlossenen politischen Macht. Dem Einen hieß es „der drohende Krieg am Rhein“, dem Andern „seine bisherige Stellung in Deutschland“. Es wiederholte sich hier, was im Jahre 1813 geschehen war. Als auf den Ruf Preußens ganz Norddeutschland in hellflammernder Begeisterung zum Aufstand und zum sichern Siege sich aufmachte, und den Völkern als Siegespreis ein mächtiges und freies Deutschland versprochen wurde, einten sich Metternich und Metternich in den geheimen Traktaten von Kollisch gegen die Aufrichtung eines deutschen Reichs: es wurde den Helden der Freiheitskriege, noch ehe sie in Kampf und Tod zogen, der herrliche Kampfpfeil entwendet und entziffert. Ein inneres freies, durch weise sich genügende Fürsten sorgsam verwaltetes, nach außen festgeklammertes und wappengeführtes Deutschland ist den absoluten Mächten des Kontinents der Schreck der Schrecken. Darum halten sie ein, sobald sie erkennen, jener gewaltige Volksgeist gewinnt Gestalt; darum nähren und pflegen sie die Eifersucht und die Mißgunst unserer Vielherrschaft. Was ein Napoleon fürchtet, sind nicht selbst riesige Staaten, sind nicht massenhafte Heere, sind nicht Kaiser und Könige; seine Rechnung trägt keine Diplomatie und keine Politik. Was ihn allein mit Sorge erfüllt und was er respektirt, ist eine lebendige nationale Gesinnung, ist der wahre Geist eines Volkes, dessen Entschluß die That ist. Vor dem deutschen Volksgeist haben die erzürnten Kriegsherrn die Schwerter gekentet. . . . Wir sagten, ein Hauptmotiv des Friedens war die von Villafrauca war die volksthümliche Bewegung Deutschlands. Daß aber diese Aufregung über dem Ziele nicht die Mittel verlor, daß nicht gleich anfangs die italienische Frage auf deutschem Boden viel bequemer ausgefochten wurde, daß nicht wenigstens der 15. August längs des Rheines ein unabsehbare, Belustigendes Kriegstheater eröffnete, das veranlaßt wir der Besonnenheit, Beharrlichkeit und dem Selbstvertrauen der preussischen Politik. Und wie wurde diese verkannt und verleumdet, wie ihre Träger verhöhnt und getränkt! Wie hört nicht einmal jetzt Parteihaft und Aergers über den persönlichen Leidenshaft unbefriedigenden Ausgang der Dinge auf, Gift und Galle auszuschütteln, nachdem die Akten dies Eine sicherlich bekräftigen, man habe in Berlin ehrlich gehandelt. Wie wendet man die Worte und dreht die Sprache, um trotz des unauflöslichen „bedauerlichen Mißverständnisses“ von Villafrauca, d. h. nachdem der allergrößte Betrug, den die Geschichte und die Diplomatie je kennt, aufgedeckt ist, die Ehrenhaftigkeit von Männern zu bemäßen, denen man sich hinter dem Schreiepult an Staatsweisheit und Hellemuth hundertfach überlegen dünkt. Noch immer möchte man die berüchtigten Artikel des „Mainzer Journals“, die von allen neutralen Mächten desavouirt sind, als ein legitimes Hinderniß Absichten und Hintergedanken rechtfertigen, und weil man enttäuscht oder entlarvt ist, erträgt man es nicht, einer ehrlichen Sache offen zu geben, was sich gebührt. Man wird es auch nicht thun, wenn zu den diplomatischen Altenstücken des preussischen Staates noch jene des königlichen Hauses zum Zeugniß herausgegeben würden, noch auch, wenn andererseits der Schleier sich hebt, der über den kriegerischen Urtheilen einer auffällig großen Zahl österreichischer Generale und Oberoffiziere zur Zeit noch schwebt. Bei Vielen aber, denen das sittliche und rechtliche Gefühl noch nicht abhanden gekommen ist, und welche deshalb mit der auswärtigen Politik Preußens sich ausgesöhnt haben, ist die deutsche Sehnsucht nicht getilgt, und das gerechte Verlangen, einen schöneren Tag deutscher Macht und Größe selbst noch zu schauen, treibt sie zum Vorwurfe, daß Preußen nicht kühn und diktatorisch die deutsche Sache in die Hand genommen habe. Wer, dem das Vaterland höher steht, als Alles, theilt nicht diese Sehnsucht, dieses Verlangen? Aber was verlangt man? einen Gewaltstreich, freilich in edler Absicht, eine Revolution von oben, ein Aufheben der leidigen unheilswahrenden Verträge vom Jahre 1815 aus für Deutschland. Glaubt man, die Königreiche hätten sich selbst nur zeitweise, selbst wenn es dann zum Kriege mit der halben Welt kam, einer Diktatur gefügt, die freilich allein uns retten konnte? Die sächsische Protestation war nur das Echo der anderen: sie sprach unverbürgt, was man dabei denke und sich vorbehalte. Glaubt man, es hätte wirklich Alles, deutschen Sinnes voll, zu einem unberechenbar langen und heißen Kampf redlich und bis zur Selbstopferung zusammengestanden? Gätte man es vermocht, alle Eitelkeit und alle Eigenherrlichkeit abzustreifen, und plötzlich aus einem kleinen sichern Plane des bequemen Daseins herauszutreten in das große hochflutende Meer nationaler Entwicklung, welche Generationen zum treuesten hingebendsten Dienste heischt? . . . „Seid selbst gerecht“, rief einst Richter, „und eure Fürsten werden es nicht ausbalten, ungerecht zu sein.“ Seid selbst gerecht, fügt man hinzu, und eure Fürsten werden es nicht ausbalten, unheimlich zu sein. An dem Einheitsgefühl des deutschen Volkes ist wie vor einem Felsberg, die jüngste Sturmflut zurückgetreten. Es wird auch ferner unser einziger Ort, unser einziges Bollwerk sein. Die natürliche Stärke dieses Einheitsgefühls im Volk wird die Zweifel der Großmächte allgemach überwinden und die haltlosen und noch gefährlicheren Zerfahrungen in drei oder vier Staatsgruppen ferne halten, von denen heute wieder es in vielen Köpfen spukt. Die Aufgabe, die den Deutschen gestellt ist, ist schwer, schwerer fast als für jedes andre Volk. Um so wachsamere, enger und unerschütterlicher stehe unser Sinn. Im Geiste unserer unsterblichen Ahnen müssen wir fortritten und uns schämen: das ganze Leben dem einen herrlichen Ziele nachstreben. Wer nicht dem Vaterlande leben und sterben kann, verdient kein Vaterland zu haben. Weshalb das deutsche Volk zunächst bedarf, einer einheitlichen Leitung der auswärtigen Politik, und einer einheitlichen Behörde und Kriegsverfassung, das ist durch alle Schichten der Nation klar erkannt und offen ausgesprochen. Ermüdet wir nicht, es Tag für Tag aufs Neue zu verlangen, aufs Neue zu begründen, Ansehens der ersten Verwicklungen, der großen Gefahren, die Europa umströmen. Was wir verlangen, ist gerecht, verlangen wir es einmütig; es wird und muß uns werden, und zwar in heiliger, Volk und Fürstenthum frisch auf richtender Entwicklung, ohne Gewaltthätigkeit, ohne Umsturz, ohne ein Zwei-

schneid von Glend und trauriger Knechtschaft. Der Weg ist klar gezeichnet, das Mittel einfach und sicher: es liegt in des Dichters mahnendem Wort: „Immer strebe zum Ganzen: und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienen des Glied schließ an ein Ganzes dich an.“

[F. v. Wulffen.] Aus Berchtesgaden kommt die Nachricht, daß F. v. Wulffen (s. Nr. 216) sich wesentlich besser befindet; die Lähmung ist gehoben, Seh- und Sprachvermögen sind völlig zurückgekehrt, so daß der Berunglückte selbst die Art seines Falles zu beschreiben weiß. Die Befinnung verließ ihn nicht, während er auf dem Rücken in die Tiefe glitt, und schwand erst bei dem letzten Sturz über eine 18 Fuß hohe Felswand. Alle Zeichen für eine gute Rekonvaleszenz haben sich eingestellt. (R. G.)

München, 29. Sept. [Untersuchung.] Aus dem Ministerium des Innern erging gestern auf Anlaß der an den Landtag gebrachten Beschwerde eines Privatmannes, welcher ohne ausreichende ärztliche Untersuchung von der hiesigen Polizeidirektion in eine Irrenanstalt geschafft worden war, aus derselben aber sofort wieder entlassen wurde, eine Verfügung, welche die Verwaltungsmärkte des früheren Ministeriums neuerlich ins Licht setzt. Während das letztere die Beschwerde abgewiesen hatte, ertheilt das gegenwärtige der Polizeidirektion für ihr Verfahren in jener Angelegenheit eine Rüge und ordnet gegen den betreffenden Polizeiarzt, den Günstling des früheren Ministers Grafen Reigersberg, die Einleitung einer Untersuchung an. (R. Z.)

[Französische Geschosse.] Der Dr. Rothmund, welcher nach der Schlacht von Solferino sich nach Italien begeben hatte, um den Massen von Verwundeten mit ärztlicher Ausbülfe beizustehen, hat zum Andenken einige Geschosse mitgebracht, wie sie von den Franzosen jetzt gebraucht werden. Die Kugeln der gezogenen Kanonen haben ganz die Form einer ausgehülsten Eichel; ein paar Zoll von einander absteigend laufen in zwei Reihen rundum die Ringe, bleierne Wargen je 6 Stück. Die ganze Länge dieses abgepigten Kugelsylinders, welcher hohl, ausgehöhlt, und mit Sprengmasse gefüllt ist, beträgt gegen 10 Zoll, sein Gewicht 6—8 Pfund. Die Spitze schließt eine gutgehende sechsantige Schraube, an deren Rand eben so viele Dornen sich befinden; je nachdem deren eine oder andere abgesteckt wird, kann die Tragweite dieser Geschosse vergrößert oder verkleinert und damit zugleich der Augenblick ihres Platzens annähernd berechnet werden. Auch die französischen Spitzkugeln (von größtem Kaliber als die deutschen), haben ganz die Form einer Eichel; dabei sind sie unten hohl und haben dünnere Ranten, so daß bei der Entladung dieser Hohlraum sich ausbreitend gleichsam umstülpt und hierdurch jene gräßlichen Wunden hervorbringt.

Hannover. 29. Septbr. [Hannovers Stellung zur Bundesreformfrage.] Wenn man hier und da seine Verwunderung darüber ausgesprochen hat, daß Hannover an den Verhandlungen der Vertreter der drei Mittelstaaten Bayern, Württemberg und Sachsen in München nicht Theil genommen, so wollen wir bemerken machen, daß unsere gegenwärtige Regierung für das Projekt einer Trias in Deutschland keineswegs schwärmt, die man in München vorzugsweise in Aussicht genommen hat. Hannovers Politik kennzeichnet sich vorzugsweise durch seine antipreußische Richtung, durch das Streben, durch den Bund Preußen aus seinen Stellungen zu treiben. Nun aber sind unsere Staatsmänner der Ansicht, daß ein solches Streben durch die Bildung einer Trias nicht nur nicht gefördert, sondern eher in das Gegentheil umschlagen könnte. Deshalb wird Hannover sich von allen Schritten fern halten, die auf die Bildung einer Trias hinielen, ganz abgesehen davon, daß die Beziehungen unseres Kabinetts zu Oesterreich gegenwärtig der Art sind, daß Hannover keinen Schritt thut, ohne nicht vorher sich mit Oesterreich darüber zu verständigen. Dazu kommt, daß Hannover in Bezug auf eine Umgestaltung Deutschlands schon bittere Erfahrungen gemacht hat bei seinem Versuch, eine Nordseeflotte zu bilden, an der Oesterreich und Preußen sich nicht betheiligen sollten. Das glänzende Fiasko, das Hannover dabei gemacht, hat ihm eine Lehre gegeben. Derartige Dinge wird es wohl nie wieder versuchen; ebenjowenig wird es für ein Bundeschiedsgericht oder für Berufung einer Volksvertretung beim Bunde plaidiren, weil es weiß, daß, von andern Dingen abgesehen, Preußen und Oesterreich solche Institutionen nicht wollen und nicht wollen können. Dagegen wird es allerdings eben so thätig sein, daß eine Reform der Bundesmilitärverfassung in der bereits angestrebten Weise zu Stande kommt, als es gegen die früher bestandenen Militärkonventionen Preußens und mehrerer norddeutschen Staaten eiferte. Aber so wenig wie jene Militärkonventionen durch Hannover aufgehoben wurden, so wenig wird durch Hannovers Einfluß die oben beregte Modifikation der Bundesmilitärverfassung zu Stande kommen. Vorläufig wird man den Projekten der Mittelstaaten kein günstigeres Prognostikon stellen können, als der Eisenacher und Frankfurter Reformagitation. (Sp. Z.)

Württemberg. Göppingen, 28. September. [Altdeutsche Gräber.] In den Steinbrüchen am linken Flußufer sind wieder Gräber und altdeutsche Alterthümer zu Tage gefördert worden. Die Gräber sind je 9 Fuß von einander entfernt, theilweise sind sie mit rohen Werksteinen ausgemauert und mit Platten bedeckt. Doch wurden bei den neuesten Erhebungen auch Särge gefunden, die 8 Fuß lang und 3 Fuß breit aus Eichenholz gefertigt sind. Bei jeder Leiche ward ein größeres 2 Fuß langes Schwert und ein kürzeres, 1 1/2 Fuß lang, gefunden. Einige Urnen, darunter eine ganz unverfehrt, sind neben Schmuckstücken, als: aus Thon gebrannte farbige Korallen und Bernsteinperlen, erhoben worden.

Baden. Baden, 27. Sept. [Hohe Gäste.] Die Umgebung Sr. K. Hoh. des Prinz-Regenten hat sich in der letzten Zeit zahlreich vermehrt. Zu dem Minister v. Schleinitz, der mit dem Geh. Rath Abeken und dem Legations-Sekretär v. Cattle schon längere Zeit hier verweilt, ist kürzlich auch der Minister v. Auerwald gekommen. Der Bundestagsgeandte v. Usedom nebst dem Residenten in Frankfurt v. Wengel und dem Legationsrathe v. Zasmund sind schon eine Woche hier anwesend. Der preussische Gesandte in Stuttgart, v. d. Schulenburg, und F. v. Bunsen aus Heidelberg waren in der vorigen Woche zum Besuche hier. Von auswärtigen Diplomaten sind der badische Minister v. Meyßenburg und der weimariische v. Wagdorf zu nennen; letzterer verkehrt viel mit den preussischen Staatsmännern. Der bevorstehende Geburtstag der Prinzessin von Preußen wird noch mehr Gäste herführen. Zunächst den Prinzen und die Prinzessin Friedrich Wilhelm und den Prinzen Wilhelm von Baden, dann wird auch Graf Pourtales aus Paris

erwartet. Fürst Hohenzollern, der auch herkommen sollte, wird nach den neuesten Nachrichten sich nicht zu der Feier einfinden. Der Geburtstag selbst wird nicht hier gefeiert; es findet eine Landpartie statt, zu der nur ein kleiner Kreis von hochgestellten Personen Einladungen erhält. Dieser Tag ist dann der letzte, der die jetzt versammelte preussische Gesellschaft hier bei einander sieht. Am Tage darauf, den 1. Oktober, geht der Prinz-Regent, von den Ministern und Gefandten gefolgt, nach Frankfurt, nimmt dort in der preussischen Gesandtschaft ein Diner ein, reist am 2. über Koblenz nach Köln, wohnt dort am 3. den Festlichkeiten zur Eröffnung der Rheinbrücke bei, und geht dann wieder über Frankfurt nach Berlin zurück, wo er, nach den jetzt getroffenen Dispositionen, am 6. Oktober einzu treffen denkt. Die Frau Prinzessin von Preußen wird noch länger hier verweilen. (R. Z.)

Karlsruhe, 28. Sept. [Zur Bundesreformfrage.] Es dürfte der „Wiener Zeitung“ überraschend sein, daß ihre staatsmännliche Weisheit gerade von einer Seite bekämpft wird, von der aus weit eher eine Zustimmung zu erwarten stand. Die offizielle „Karlsruher Zeitung“ beginnt heute eine ausführliche Kritik jener nicht eben hervorragenden Artikel, in welchen das Wiener Regierungsorgan unlängst seine Ansichten über die Bundesreform kund gab. „Die Hauptschwierigkeiten“, bemerkt zunächst die „R. Z.“, welche der Reorganisation der deutschen Bundesverfassung im Sinn der Einheit entgegenstehen, liegen nicht so fast in der Viel- und Kleinitätserei, als vielmehr in dem Umstand, daß sich im Bunde zwei Mitglieder befinden, die zugleich europäische Großmächte sind, d. h. zwei Mitglieder, von denen jedes sich weder dem andern, noch einer höhern dritten Gewalt unterordnen will oder kann. Hinsichtlich der jetzigen Agitation haben Beide sich bereits vernehmen lassen: Preußen in der bekannten Antwort des Grafen Schwerin (an der die „R. Z.“ die nöthige Klarheit vermisst, da sie verschiedenartig ausgelegt worden sei) auf die Stettiner Adresse, und Oesterreich in der Note des Grafen Khegberg vom 4. Sept. Zugleich der letzteren sagt sie u. A.: „Die österreichische Note vom 4. d. M. ist nicht viel mehr als eine Protestation gegen das kleindeutsche Reformprojekt vom Standpunkt der völkerechtlichen Verträge aus, mit einer Hindeutung auf die Gefahren, zu welchen der Versuch, es zu realisiren, führen müßte; ihr Inhalt ist lediglich negativer Natur, ohne etwas Positives an die Stelle der abgelehnten Vorschläge zu setzen. Leider scheint man zu letzterem in Wien auch in der jetzigen Zeit entweder nicht den Willen oder nicht das Vermögen zu haben. Auf diese Vermuthung kann ein längerer Artikel der „Wiener Ztg.“ führen, welcher die Bundesreformfrage von verschiedenen Seiten beleuchtet, und überall gleichmäßig zu negativen Resultaten gelangt.“

[Prinz und Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen.] Nach Mittheilungen aus Baden sind SS. K. K. H. der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen gestern Abend dort eingetroffen und bei SS. K. K. H. dem Großherzog und der Großherzogin im Schloß abgestiegen. Am Bahnhof erwarteten die hohen Gäste außer SS. K. K. H. dem Großherzog und der Großherzogin SS. K. K. H. der Prinz-Regent und die Prinzessin von Preußen mit zahlreichem Gefolge. (Karlsruh. Z.)

Karlsruhe, 29. Sept. [Erste lutherische Kirche.] Am 19. d. fand in dem an der neubauten Eisenbahnstraße Durlach-Pforzheim gelegenen Dorfe Söllingen die Einweihung der ersten lutherischen Kirche Badens statt. Bekanntlich hatten die dortigen, aus der Union geschiedenen Lutheraner viele Verfolgungen zu überwinden, bis ihnen die freie Ausübung ihres Gottesdienstes gestattet wurde. An den beiden darauf folgenden Tagen wurde in Durlach die jährliche Konferenz der rheinisch-lutherischen Pastoren abgehalten. Wie man hört, soll im nächsten Jahre eine zweite Kirche zu Söllingen bei Pforzheim erbaut werden. (Schw. M.)

Frankfurt a. M., 28. September. [Dementi.] Die „B.Z.“ erklärt jetzt ihre neuliche Mittheilung, wonach der hiesigen Polizeibehörde aufgegeben worden sei, diejenigen Fremden, welche sich an dem hier versammelt gewesenen deutschen Nationalverein betheiligt hatten und sich noch hier aufhalten, auszuweisen u. s. w., für völlig grundlos. (Wir haben schon bei der Mittheilung jener Nachricht unsere Zweifel an der Richtigkeit derselben ausgesprochen. D. Red.)

Frankfurt a. M., 29. Sept. [Verbesserung der Lehrergehälter.] In der gestrigen Senatssitzung erstattete Dr. Fester den Kommissionsbericht über eine Senatsrückäußerung, daß Gehalt der Lehrer an der evangelisch-protestantischen Bürgerschule betreffend. Die Kommission beantragt die unbedingte Genehmigung der Senatsanträge, wonach die Lehrergehälter nach den ersten Dienstjahren auf 800, und nach Verlauf der zwei weiteren Quadriennien auf 1000 und 1200 fl. bestimmt werden. Die Oberlehrer der Bürgerschule sollen vom achten Dienstjahr an 1400 fl., und dann 1500 fl., nebst einem Zentner Talgkerzen jedes Jahr erhalten. Für die Aushülfsstunden sollen 30 und 45 Kr. bezahlt werden. Außerdem stellt die gesetzgebende Versammlung dem Senate anheim, diese Gehaltsaufbesserungen schon vom 1. Juli oder 1. Okt. d. J. (statt vom 1. Jan. 1860) eintreten zu lassen. (F. P. Z.)

Hamburg. 28. Septbr. [Wahlen.] Vorgestern wählte die Kammer, gestern das Kommerzienrat, heute das Kollegium der Sechziger, sämtlich aus ihrer eigenen Mitte, die ihnen durch die neue Verfassung zuerkannten Abgeordneten zur neuen Bürgerschaft. Die Gewählten gehören ausschließlich der Elite unseres Kaufmannsstandes an. (R. Z.)

Hessen. Darmstadt, 28. Sept. [Historische Erinnerungen zur deutschen Frage.] Unter dem 22. November 1850 hat das großh. hessische Staatsministerium an sämtliche Staatsdiener ein Umlaufschreiben erlassen, worin es die Anschauung der Regierung bezüglich der deutschen Frage ausgesprochen hat. Da diese gerade in dem gegenwärtigen Augenblick, wo das Organ der Regierung, die „Darmstädter Zeitung“, so feindselig gegen die Reformbewegung auftritt, wieder an Interesse gewinnt, so wollen wir nachstehend wenigstens die Hauptstellen wiedergeben, wobei wir bemerken, daß dieselben in der „feierlichen Erklärung“ enthalten sind, welche der großherzogliche Bevollmächtigte in der Sitzung des Bundestages vom 8. August 1850 abgegeben hat. Der Gesandte sagte u. A.: „Se. K. Hohheit der Großherzog betrachten es als eine moralische und rechtliche Verpflichtung, zur Herstellung eines Zentralorgans für ganz Deutschland bereitwillig mitzuwirken. . . . Die großh. Regierung sieht für jetzt nur in der vom k. österreichischen Kabinet in Antrag gebrachten Einberufung der Bundesversammlung den einzigen praktischen Weg, um sofort das vorgestellte Ziel so weit als möglich zu erreichen, und in der Hoffnung und Voraussetzung, daß alle Bundesregierungen, diesen Gesichtspunkt festhaltend, zu der so nothwendigen Einigung aller Bundesgenossen beiräthig sein werden, ist der großherzogliche Bevollmächtigte beauftragt, dem Antrage des präsidirenden Bevollmächtigten beizustimmen, indem Se. K. Hohheit hierbei von derselben Voraussetzung geleitet werden, von welcher das k. k. Kabinet selbst bei seinem Antrage ausgegangen, daß nämlich die so in ihrer vollen Kompetenz zu rekonstituierende Bundesversammlung nur so lange in Thätigkeit zu bleiben habe, bis die so fort einzuleitende Revision der Bundesverfassung erfolgt sein wird. Der Bevollmächtigte ist hierbei noch besonders von Sr. K. Hohheit dem Großherzog zu der ausdrücklichen Erklärung beauftragt, daß Allerhöchst Dieselben eine starke Bundesregierung, ein Bundesgericht und die Berufung von

Vertretern der Nation zur Theilnahme an der Verabreichung über die wichtigsten Interessen, als die Basis der, den Anforderungen der Nation entsprechend, festzustellenden Bundesverfassung betrachten. (S. 3.)

Holstein. Kiel, 28. Sept. [Entscheidung eines Preßprozesses.] Das Kieler Appellationsgericht hat, im Widerspruch mit dem Wunsch des holsteinischen Ministeriums, in einer Angelegenheit, die seit drei Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigt, eine Entscheidung erlassen. Am 1. Februar 1857 hatte der damalige holsteinische Minister v. Scheele bei dem Buchhändler G. M. Heilbutt in Altona alle noch vorrätigen (700 von 1500) Exemplare eines von diesem herausgegebenen Werkes polizeilich wegnehmen lassen, ohne daß, wie es in der Ordnung gewesen wäre, das Geringste gethan wurde, um einen fiskalischen Prozeß deshalb einzuleiten. Nachdem der Buchhändler, unter dringender Fürsprache des Altonaer Oberpräsidenten, mehrfach vergebliche Bemühungen beim Ministerium gemacht hatte, um gegen das Versprechen, die von dem Bischof als anstößig bezeichneten Stellen zu ändern und auszumergen, die konfiszierte Masse zurückzuerhalten, wandte er sich im August desselben Jahres eben so vergeblich an die holsteinische Ständeverammlung, welche in dieser Angelegenheit, weil die gerichtlichen Instanzen nicht durchgeschritten waren, keine Kompetenz hatte. Nach langer Verzögerung mußte endlich das Ministerium, an dessen Spitze seit dem April 1857 Herr Unsgaard getreten war, sich dazu verstehen, einen Prozeß gegen die Heilbutt'sche Schrift beim Glückstädter Obergericht einleiten zu lassen. Hier verweigerte der sonst als Ankläger im Namen des Ministeriums fungierende Advokat die Anklage zu führen, „weil er mit dem Inhalte des Buchs übereinstimme“, und beschränkte sich auf die bloße Darlegung des Sachverhalts. Trotz dessen entschied endlich das Gericht nach monatelanger Verschleppung auf Grund eines aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts herrührenden Gesetzes für Bestätigung der erfolgten Beschlagnahme und Konfiskation der Verlagsvorräthe. Heilbutt brachte nun endlich die Sache vor das Ober-Appellationsgericht zu Kiel, und dieses hat soeben unter Aufhebung des Glückstädter Urtheils erkannt: „daß die verfügte Beschlagnahme als nicht justifiziert zu erklären, und das königliche Ministerium verpflichtet werde, die arretirten Verlagsvorräthe dem Heilbutt wieder auszuliefern.“ Die Akten dieses Prozesses werden, nebst den Entscheidungsgründen des Appellationsgerichts, demnächst durch den Druck veröffentlicht werden. (M. 3.)

Sächs. Herzogth. Aus Thüringen, 29. September. [Zur deutschen Einheit.] Wie es noch im deutschen Bunde mit der Reichsfürsicht bestellt ist, davon haben wir jetzt einen eloquenten Beweis erhalten, indem eine vollständige ausgedruckte Nord- und Ostpreußen, der später nach Bayern übersiedelte, gar nicht existirt werden konnte, da das betreffende bayerische Appellationsgericht sich erst wieder die Einsicht der Akten und die eigene Entscheidung darnach vorbehielt. Und da feindete man noch in einigen Regierungskreisen das auf Herstellung einer deutschen Einheit gerichtete Streben der Nationalpartei an, statt wenigstens dafür zu sorgen, daß die rechtskräftigen Erkenntnisse des einen deutschen Gerichtshofes ohne weitere Kontrolle von dem andern vollstreckt werden. (M. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 28. Sept. [Ueber die englisch-amerikanischen Wirren.] Bericht heute die „Times“: „Wir haben Grund zu glauben, daß General Harney, Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Oregon, die Besetzung der Insel San Juan auf eigene Verantwortlichkeit und ohne Instruktionen Seitens der Bundesregierung zu Washington bewerkstelligt hat. Er hat den britischen Behörden erklärt, er habe so gehandelt, weil amerikanische Bürger auf der Insel verhaftet worden seien; doch beabsichtige er keine permanente Okkupation der Insel, obgleich er gezwungen sei, sie so lange in Besitz zu halten, bis er Anweisungen von seiner Regierung in Washington empfangen.“

[Die Gefangennehmung Schamyl's.] Erregt die „Times“ unheimliche Gefühle. „Der unabhängigste der kaukasischen Völkstämme“, sagt sie, „und der unermüdlichste ihrer Führer haben sich vor der Stärke, Geschicklichkeit und Ausdauer der moskowitzischen Kriegführung gebeugt. Möglich war es, daß ein anderer Schamyl erstiebt und den Kampf fortsetzt; doch ist es sehr zweifelhaft. Die Russen schreiten langsam, aber sicher vorwärts. Sie haben Forts niedergebaut, Straßen gebaut und die übelwollenden Völkstämme umstellt, und Alles deutet darauf hin, daß diese Völkstämme bald, wenn auch nicht loyal, so doch gehorame Unterthanen des Czaars sein werden. Was die am Ufer des Schwarzen Meeres wohnenden eigentlichen Cirkassier angeht, so vermochten sie schon seit langer Zeit nicht, den russischen Befehlshabern irgend einen Widerstand entgegenzusetzen, und sie dürfen nicht mit den hartnäckigen Kriegern der im Osten gelegenen Bezirke verwechselt werden. Der schließliche Sieg der Russen im Kaukasus wird ihnen ohne Zweifel ein erhöhtes Ansehen über den Hof von Teheran, so wie über die barbarischen Herrscher von Bokhara, Khiva und die übrigen tatarischen Khanschaften verleihen. In diesem Sinne betrachtet, ist die Gefangennehmung Schamyl's ein interessantes Ereigniß selbst für diejenigen, welche nur wenig Begeisterung für die Helden der Nationalitäten hegen.“

[Tagesnotizen.] Lord John Russell ist gestern Abend nach Edinburgh abgereist, um sich von dort nach Abergeldie zu begeben. — Es scheint nun ausgemacht, daß der „Great Eastern“ in den nächsten Tagen nach Southampton abgeht, wo er, etwa 3 Meilen vor der Stadt, einen bequemen Ankerplatz finden wird. Nach Mittheilungen englischer Blätter beabsichtigt man, auf dem „Great Eastern“ eine kleine Druckerei und eine Zeitung zu etabliren, die nicht nur dazu bestimmt sein sollen, den Tausenden von Passagieren z. B. auf ausgedehnten Fahrten Unterhaltung zu bieten, sondern auch den mitgebrachten Neuigkeiten ferner Welttheile und den Tagesereignissen der Stadt im Schiffsraume sogleich beim Einlaufen in fremde Häfen eine massenhafte Verbreitung zu geben. — Abgeordnete der Handwerkervereine hatten gestern mit dem Ausschusse der Bauherren eine Besprechung und boten diesen einen Vergleich an, der darauf hinausläuft, daß die Bauleute nicht weiter auf eine Kürzung der Arbeitszeit bestehen wollen, wenn die Meister ihrerseits die begehrte schriftliche Verpflichtung der *conditio sine qua non* aufgeben wollen. Dazu wollten sich die Bauherren aber nicht verstehen, da gegen 8000 Arbeiter den Meistern unterschrieben haben. Und somit ist die Arbeitszeitstellung noch nicht zu Ende.

[Explosion.] In Birmingham hat sich gestern ein großes Unglück ereignet. Witten in einem dichtbesetzten Stadtheil, in der Zündhütchenfabrik von Phillips und Purcell, entstand eine Explosion, der das ganze Gebäude und viele darin befindliche Arbeiter zum Opfer fielen. Wie das Unglück geschah, wird vielleicht niemals zu Tage kommen, und zur Stunde weiß man noch gar nicht, wie viele Leute zu Grunde gegangen sind. In dem Augenblicke, als die Explosion geschah, sollen 60–70 Leute, meist Frauen, im Gebäude beschäftigt gewesen sein. Man hörte zwei gewaltige Stöße, welche alle Gebäude rings herum erschütterten, dann stürzte mit donnerähnlichem Getöse die ganze Fabrik zusammen, so daß nichts, als die Mauer der Fronte stehen blieb. Gleichzeitig entzündete sich das Gebälk im Innern der Ruine, und wenige Sekunden später war alles in Flammen und Rauch eingehüllt. Die Spritzen waren rasch zur Hand, das Feuer wurde rasch bewältigt, es 17 Leberdige aber doch stark beschädigte Leute aus der Brandstätte ins Freie zu bringen; aber nun erst begann die Schwierigkeit, zu den anderen im Schutt Vergrabenen vorzudringen. Auf verschiedenen Punkten stießen die Arbeitenden auf schwarze Verkohlung, kaum kenntliche Leichen. Um 3 Uhr Nachmittag hatte man über 140 Leichen geschafft.

[Zur italienischen Frage.] Die „Morning Post“ bringt folgende Mittheilung von ihrem Pariser Korrespondenten: „Ich habe ein wichtiges

Schreiben aus Wien erhalten, welches über die Sendung des Fürsten Metternich eine Auskunft ertheilt, auf die man sich verlassen kann. Als Se. Excellenz unlängst nach Wien zurückkehrte, berichtete er dem Kaiser über die Unterredungen, die er mit dem Kaiser Napoleon gehabt, und die er zu Papier gebracht hatte, um sie so getreu als möglich wiedergeben zu können. Ich erlaube aus der mir vorliegenden Depesche, daß Fürst Metternich vorher schon Befehl gehabt hatte, um die Einrückung einer Note in den „Moniteur“ zu erwirken, damit der Sprache gewisser französischer Blätter entgegengekömmt würde, die nach der Meinung der österreichischen Regierung die Bewohner der Herzogthümer aufmunterten, sich der Rückkehr ihrer verbannten Souveräne zu widersetzen. Dies glückte Se. Excellenz. Die gewünschte Note, die so viel Erörterung veranlaßte, erschien im „Moniteur“ am 9. September. Es scheint jedoch, daß der Kaiser Franz Joseph und seine Rathgeber mit dem Artikel im „Moniteur“ nicht zufrieden waren, und Fürst Metternich selbst sprach, während seines Aufenthaltes in Wien, für die Nothwendigkeit, folgende, auf die italienischen Herzogthümer bezüglichen Versicherungen in Gestalt einer amtlichen Depesche von Frankreich zu erlangen: 1) Die Wiedereinsetzung der drei Souveräne muß bewerkstelligt werden, aber ohne eine Intervention Oesterreichs oder Frankreichs. 2) Der Großherzog von Toscana und der Herzog von Modena sollen durch nichts verhindert werden, Militärkorps zu organisiren, die aus österreichischen oder anderen fremden Elementen gebildet wären, und es soll den Herzögen gestattet sein, sich mit Hilfe dieser Streitkräfte wieder auf ihre Throne zu setzen. 3) Wenn Piemont sich dem Unternehmen der Souveräne widersetzen sollte, so soll seine Dazwischentritt als ein rechtmäßiger Grund für die Dazwischentritt Oesterreichs angesehen werden, während Frankreich, da es seine Aufgabe in Italien erfüllt hat, sich nicht in die Angelegenheit einmischen soll. 4) Sollte Piemont in Folge der Ereignisse die Lombardie verlieren, so soll es die Hilfe Frankreichs nicht anrufen dürfen. Aber da Oesterreich die schwierige Stellung zu würdigen weiß, in die Frankreich durch eine solche Lage gerathen würde, so macht Oesterreich sich verbindlich, Piemont nicht herauszufordern, indem es sich versichert hält, daß der Kaiser Napoleon Alles thun wird, was in seiner Macht liegt, um den König von Sardinien zu bereuen, daß er die Herzöge in ihren Anstrengungen, zurückzukehren, nicht hindere. Sollte der Kaiser Napoleon auf diese Punkte eingehen, so äußert sich der Korrespondent der „Post“ weiter, so wäre ein zweiter Krieg in Italien fertig. Oesterreich würde den Herzögen bald eine Armee verschaffen, und da Sardinien nicht ruhig zusehen könnte, wie die schwachen Streitkräfte Mittelitaliens geschlagen würden, so wäre es gezwungen, in die Schranken zu treten, und dann stände wieder Oesterreich mit 200,000 Mann den 80,000 Piemontesen und dem, was etwa Mittelitalien stellen könnte, gegenüber. Aber meine Meinung ist, daß der Kaiser sich und Italien getreu bleiben wird. Se. Majestät wird versuchen, lieber einen Kongreß zu Stande zu bringen, als den Vorschlägen des österreichischen Kabinetts zu willfahren. Fürst Metternich soll in Wien versichert haben, daß der Kaiser Napoleon die Einverleibung der Herzogthümer in Piemont niemals billigen werde. Ist diese Ansicht richtig, so hätte Oesterreich schon viel gewonnen, denn wenn Mittelitalien ohne Herrscher bleibt, so muß Verwirrung und Anarchie entstehen, und dann können die Souveräne heimkehren.

Frankreich.

Paris, 28. Sept. [Preßverhältnisse.] Die (bereits telegraphisch erwähnte) Note im gestrigen „Moniteur“, welche der Erörterung der Preßverhältnisse vorläufig ein Ende macht, lautet wörtlich: „Unter dem Vorwande, zu zeigen, daß die Presse nicht frei sei, richteten mehrere Zeitungen gegen das Dekret vom 17. Febr. 1852 Angriffe, welche die äußersten Grenzen des Diskussionsrechts überschreiten. Achtung vor dem Geseze ist zur Ausübung der gesetzmäßigen Freiheit unerlässlich. Gegen die Schriftsteller, welche dies vergessen, hätte die Regierung sich der Waffen, die sie in Händen hat, bedienen können; sie hat es am Tage nach der vollkommenen aus freiem Antriebe hervorgegangenen Maßregel, wodurch die periodische Presse von den Verwarnungen, durch die sie betroffen worden, entbunden wurde, nicht thun wollen. Den Grundsätzen der Mäßigung treu, dürfte jedoch die Regierung nicht mehr der Pflicht sich entziehen, die ihr auferlegt ist, um dem Geseze Achtung zu verschaffen. Dieselbe macht deshalb in loyaler Weise die Zeitungen darauf aufmerksam, daß sie entschlossen ist, nicht länger Ueberschreitungen der Polemik zu dulden, die nur als Partei-Manöver betrachtet werden können.“ Der ertheilte Wink ist so wenig mißverständlich, daß die meisten Blätter die Note ohne jede Bemerkung mittheilen und nur wenige noch ein kleinlauts Wort hinzufügen. Die „Gazette de France“ dankt der Regierung für diese ehrliche Verwarnung und meint, die Zeitungen würden nun wohl beherzigen, daß sie nicht mehr am Tage nach der erlassenen Amnestie schreiben. Das „Siecle“ freit sich seiner Unschuld; es habe sich niemals Ausschreitungen in der Polemik erlaubt und könne daher die Note auch nicht auf sich beziehen; es glaube daher seine früheren Bitten um Revision des Preßgesetzes fortsetzen zu dürfen. Die „Presse“ schiebt in der offiziellen Note die natürliche Folge des jüngsten Rundschreibens des Ministers des Innern. Die neue Erklärung der Regierung scheint ihr die Lage nicht zu ändern; wenn sie sich ausschließlich auf das Dekret vom 17. Februar 1852 berufe, so beabsichtige sie doch keineswegs, die Tragweite der frühern, die Besprechung der Regierungssakke betreffenden Erklärungen zu beschränken. Die Herren d'Haussonville und Billémain wären nun wieder zum Schweigen gebracht. Eine Ausnahmestellung nimmt jetzt nur noch das „Univers“ ein, welches fortwährend in der derbsten Sprache über offiziöse und unabhängige Gegner herfallen darf, dafür aber auch die Rückzahlung in gleicher Münze erhält.

[Tagesbericht.] Die Kaiserin wäre beinahe auf der See umgekommen. Sie machte eine Spazierfahrt auf der „Mouette“. Als sie nach dem Hafen von Biarritz zurückfahren wollte, schlug plötzlich der Wind um, die See ging hoch, und das Einlaufen in den Hafen wäre mit der größten Gefahr verbunden gewesen. Glücklicherweise fanden sich einige mutige Leute, die der Gefahr Trotz boten, und nach der „Mouette“ hinfuhren, die ganz ruhig auf Biarritz zukehrte. Sobald man dort die Gefahr erfuhr, nahm die „Mouette“ ihren Weg nach Bayonne, wo Hofswagen hingelandet worden waren, um die Kaiserin abzuholen. Ganz Biarritz war auf den Strand geeilt, darunter der Kaiser, auf dessen Veranlassung das Rettungsboot nach der „Mouette“ gefandt wurde. — Der Prinz Napoleon wird morgen in Paris erwartet; er kommt früher zurück, als man vermutet hatte. — Die letzten Nachrichten aus Afrika melden, daß der General de Martimprey, Oberkommandant der Truppen in Algerien, am 26. Algier verlassen hat, um sich nach Constantine zu begeben. Man glaubt, daß er den Oberbefehl der Expedition gegen Marokko übernehmen wird. — Neueren Anordnungen zufolge sollen erst am 1. Januar die Unterzeichnungen für die Familien der Verwundeten und der Todten der italienischen Armee geschlossen werden. Nach der neuesten Liste beträgt der bisher gezeichnete Betrag 4,555,450 Fr. 67 Ct. — Der „Moniteur“ meldet die Rückkehr des Staatsministers Roud nach Paris. — Graf Balowski, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, wird am Montag aus Biarritz hier zurück erwartet. — Der „Abbe de Orient“ zufolge wird die Segelfregatte ersten Ranges „Vengeance“ zum Truppentransport nach China ausgerüstet. Man glaubt, die Fregatte „Andromaque“ werde gleiche Bestimmung erhalten. Der „Ocean de Paris“ berichtet, daß in Folge höherer Weisung der Admiralseepräfekt Anordnung zur Unterbringung von 8–10,000 Mann Eintruppen traf, welche ein nach China bestimmtes Landungskorps bilden werden. Man spricht auch von der Ausrüstung verschiedener Fregatten und Kanonierschuluppen, welche im Laufe des Monats November von Brest nach China abgehen sollen. Lepten Sonntag wurde in allen Arienal-Verkäufen wie an den Werktagen gearbeitet. — Der Freund des Herrn Emil de Girardin, Herr Gervy, der durch dessen Vermittelung unter dem Ministerium des Prinzen Napoleon Präfect von Algier geworden war, hat jetzt einen Nachfolger, Hrn. Levert, Unterpräfekten in irgend einem französischen Departement, erhalten. Der schon lange vorliegende Plan, eine Seepräfektur in Algier zu errichten, soll jetzt bei der stets zunehmenden maritimen Bedeutung der Kolonie zur Ausführung kommen. — In dem Verwaltungssysteme des De-

portationsplatzes von Cayenne ist jetzt eine Umänderung eingetreten. Bisher waren die Sträflinge auf verschiedenen Plätzen vertheilt; sie sind jetzt nach dem Beschluß des neuen Gouverneurs Lardy de Montreuil auf einem Punkte vereinigt worden. — Fürst Poniatowski ist heute Morgens nach Biarritz abgereist, um dem Kaiser persönlich über den Erfolg seiner Sendung nach Florenz Bericht abzustatten.

[Klerikale Agitation.] In Rom scheint man einen Zusammenstoß mit den Revolutionären in Bologna sehnlichst zu wünschen, selbst auf die Gefahr hin, dabei augenblicklich den Kürzeren zu ziehen. Kardinal Antonelli ist überzeugt, daß eine Niederlage der päpstlichen Truppen sofort eine Intervention Oesterreichs und vielleicht Frankreichs zur Folge haben würde. Nur der erste Schritt kostet, so rechnet der Kardinal. In der französischen Geistlichkeit sucht die römische Kurie jetzt eine systematische Agitation hervorzurufen und nicht ohne Erfolg, wie dies unter Anderem der Hirtenbrief des Bischofs von Arras zeigt (S. Nr. 227). Der Einfluß des Klerus auf die Bevölkerung ist indessen lange nicht mehr so bedeutend wie früher, und er kann, bei dem Mangel parlamentarischer Institutionen, auf die Staatspolitik nicht bestimmend einwirken. Mögen die Bauern auch in der Kirche und im Beichtstuhl dem Priester gehoramen, ihre Rekruten zum Heere müssen sie stellen und bei den Wahlen folgen sie immer der faktisch bestehenden Gewalt. Die Ereignisse seit 70 Jahren in Frankreich haben dies genugsam dargethan. (M. 3.)

[Die Zustände in Algier.] General Martimprey landete am 22. zu Algier. In einer Anrede, welche (in Abwesenheit des Maire) der Adjunkt an den neuen Kommandanten en chef hielt, bemerkt man die Stelle: „Der Zustand Algeriens ist dormalen kein sehr gedeihlicher, aber die Worte des Kaisers, welcher erklärte, aus diesem Lande ein großes Königreich machen zu wollen, werden sicherlich zur Wahrheit werden.“ Der General erwiderte: „Ich freue mich, Ihnen direkt einen neuen Beweis des Wohlwollens Sr. M. für Algier überbringen zu können. Die Arbeiten an der Wallstraße sollen sofort in Angriff genommen werden, und es wurden hierzu 3 Millionen bewilligt. Auch die Eisenbahnstrecke von Algier nach Blidah wird ausgeführt werden. Alle diese wichtigen Arbeiten, fügte der General an, werden ohne Zweifel den Zustand des Landes verbessern. Aber über diese materiellen Interessen muß man auch die moralischen Elemente nicht außer Acht lassen, welche den Zustand eines Landes stets beherrschen müssen. Deshalb wäre es wünschenswert, daß Jeder sich bemühe, den dauerlichen Zwistigkeiten ein Ende zu machen, welche Unbehagen und Agitation unterhalten. Ich meinerseits, werde meine Pflichten mit eben so viel Wohlwollen als Mäßigkeit, aber auch mit aller Festigkeit und Energie erfüllen, welche die Umstände erheischen könnten.“

[Rundgebungen des Klerus.] Die hohe Geistlichkeit Frankreichs findet sich durch die bedrängte Lage des heiligen Stuhles veranlaßt, in feierlichen Rundgebungen für die weltliche Autorität des Papstes zu kämpfen. Dem Beispiele des Monsignore Parisi, Bischofs von Arras, sind bereits mehrere andere Bischöfe gefolgt, welche in ihren Hirtenbriefen darauf hinweisen, daß Frankreich unmöglich die „Verabreichung des heiligen Stuhles“ dulden könne, und allen Gläubigen an das Herz legen, für das „Erbgut der katholischen Kirche“ zu beten. Der „Univers“ bringt heute wieder einen Artikel von der Art, wie man sie in den Spalten dieses Blattes zu finden gewohnt ist. Frankreich habe sich in seinen Bestrebungen für Italien getäuscht. Italien sei dem Terrorismus einer piemontesischen Verschwörung verfallen. Piemont, unbefriedigt durch die Erwerbung der Lombardie, denke bereits an ein Bündnis mit England. Ein solches würde aber eine neue Situation schaffen und Frankreich veranlassen, an sich selbst zu denken, und die Abtretung der Lombardie aufzugeben. Die Vergrößerung Piemonts sei überhaupt eine unvorsichtige Großmuth und gegen die Traditionen Frankreichs. Oesterreich könne die Bildung eines mächtigen Staates an seiner Südgrenze unmöglich gestatten, während es andererseits von Preußen bedroht sei. Dabei ist der „Univers“ naiv genug zu versichern, Preußen sei als Feind zu betrachten, weil es die Provinzen besitze, die Frankreich begehre. Auch hätte Frankreich nie den Ehrgeiz an sich nehmen können, wenn damals schon ein mächtiges Preußen vorhanden gewesen wäre. Schließlich meint das klerikale Blatt, das katholische Europa sei in nächster Zukunft von einer englisch-preussisch-russischen Koalition bedroht, und dagegen gebe es keine Hilfe, als ein festes Bündnis zwischen Oesterreich und Frankreich, wie schwierig die Sache auch sein möge. Das Konfession Oesterreichs erscheint dem „Univers“ als das größte Werk der Gegenwart, schon deshalb, weil es den Protestantismus, die Judenthüm und den Satanismus in Wuth versetzt und noch einmal bewiesen habe, daß die moderne Freiheit mit der Freiheit der Kirche unvereinbar sei. (Pr. 3.)

[Gefährlichkeit der Zündhölzer.] Viele Departements des südlichen Frankreichs sind bei der Regierung darum eingekommen, die Fabrikation und den Verbrauch der Zündhölzchen zu verbieten. Sie stützen ihren Antrag auf folgende statistische Notizen: Man zählte in Frankreich 1832 im Ganzen 2262 zufällige Brandunglücke, einige weniger in den folgenden Jahren, aber 1838, wo die Zündhölzchen in den Handel kamen, 2776, dann 1839 schon 3056, und so steigt die Zahl der durch Zufall entstehenden Brandunglücke mit Tausenden, so daß 1844 ihre Zahl schon 5898 betrug, 1849 aber 7061, dann 1850 schon 7465; dann 8732 im Jahre 1852, und 1854 nicht weniger als 10,753, und 1857 auch 9697. Die meisten dieser Brandunglücke wurden durch Streichzündhölzchen veranlaßt.

Niederlande.

Haag, 28. Sept. [Die Nachrichten aus Batavia] vom 6. August sind ohne alles größere Interesse. Der Gesundheitszustand der zu Macassar stationirten Truppen von der Expedition gegen Boni verbesserte sich merklich. Die Anzahl der Kranken war noch immer beträchtlich; die Seuche führte aber nicht immer einen tödtlichen Verlauf mit sich. Es wurden Truppen zu Maros, Pantadjona, Tanete und Segiri konzentriert, um die Reiche Sopping und Wadjo, die sich während der Boni-Affaire den Niederländern friedlich zeigten, anzugreifen und zu züchtigen. Eine Verstärkung von 600 Mann war eingetroffen. Ueber den Tag des Ausmarsches zu einem neuen Zuge gegen Boni stand mit Bestimmtheit noch nichts fest. Die Friedenshoffnungen sind verschwunden. Garvefa Lata, welcher versucht hatte, die Königin der Bonier zum Abschluß des Friedens zu bewegen, war unter Lebensgefahr und, von den Boniern verfolgt, mit dreihundert Personen seiner Begleitung aus Boni geflüchtet und verweilt jetzt in Macassar. (Pr. 3.)

Schweiz.

Bern, 27. September. [Handelsverbindung mit Japan; Statistik.] Wie dem „Schweizerboten“ mitgetheilt wird, hat der belgische Konsul in Amsterdam, Chef des Hauses Esberg daselbst, dem Bundesrath die Mittheilung gemacht, daß es ihm gelungen sei, im Hafen von Kanagawa, unweit Jeddo, der Hauptstadt Japans, direkte Handelsverbindungen anzuknüpfen, womit er auch der schweizerischen Industrie Gelegenheit geben wolle, sich neue Absatzquellen zu eröffnen. Der Bundesrath habe Erkundigungen über die Solidität des Unternehmens eingezogen, deren Resultat in befriedigenden Garantien bestesse; auch werde das Unternehmen als solid von der belgischen Regierung empfohlen. Auf dem Verzeichniß der gangbaren Artikel für den Handel nach Japan vermischt der Unternehmer drei Hauptzweige schweizerischer Industrie. (Fortsetzung in der Beilage.)

dustrie: Uhrmacherei, Broderie und Bijouterie. Bekanntlich ist schon seit einiger Zeit eine mit Empfehlungen des Bundesrathes versehene Expedition schweizerischer Industrieller nach Japan abgegangen, um dort direkte Verbindungen für die Schweiz anzuknüpfen. — Ein aus den Herren d'Espine in Genf, Prof. Dufour in Kaufmann und Prof. Lebert in Zürich bestehendes Comité der schweizerischen naturforschenden Gesellschaft wendet sich in einer umfangreichen Denkschrift, welche von dem „Genfer J.“ veröffentlicht wird, an den Bundesrath, bei dem sie die Organisation einer schweizerischen Statistik sowohl von den Kantonen, wie von der Eidgenossenschaft aus beantragt, und zwar nach dem vom letztjährigen Brüsseler Kongresse befürworteten Systeme.

Bern, 27. Sept. [Birkularschreiben des Bundesraths an die kapitalisirten Kantone.] Der Bundesrath hat vor Kurzem ein Birkularschreiben an die früher kapitalisirten Kantone, nämlich an Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Freiburg, Solothurn, Appenzell A. Rh., Graubünden und Valais erlassen, welches insofern höchst bemerkenswerth ist, als dasselbe zum ersten Mal das ungeeignete und übelwollende Benehmen der Dberoffiziere der ehemaligen, in neapolitanischem Dienst gestandenen Schweizerregimenter unserem Spezialbevollmächtigten in Neapel, Major Batour, gegenüber offiziell bestätigt und auf dessen Charakter das bestmögliche Licht wirft. Dasselbe lautet:

„Nachdem die bisherigen Regimenter in Neapel aufgelöst und größtentheils in ihre Heimath instradirt worden sind, handelt es sich nunmehr darum, die Pensionsansprüche der gewissen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zu reguliren und zu sichern. In dieser Richtung haben wir unsern Spezial-Abgeordneten, Herrn Nationalrath Batour in Neapel, wiederholt Weisung ertheilt, sich mit allem Nachdruck für die diesfälligen Rechte der Betheiligten sämtlicher Grade und Dienstalter gehörigen Drtes zu verwenden und denselben schon am 26. v. M. beauftragt, unausgesetzt darauf hinzuwirken, daß die ermittelten Ansprüche der Militärs zum Behufe ihrer möglichen Sicherstellung in das große Buch des Königreichs eingetragen werden. Wir haben auf gedauerte Befragnisse von zurückgekehrten Militärs diesen Auftrag zur Sicherstellung der Kapitulationen und Pensionen am 31. gl. M. wiederholt, sodann unterm 2. d. ähnliche Befragnisse verschiedener Abgeordneten, namentlich Bernischer Offiziere, unsern Abgeordneten zu besonderer Berücksichtigung empfohlen und denselben unter dem 9. d. M. angewiesen, daß diejenigen Militärs, welche nach bestandener Währungszeit zur Pension berechtigenden Dienstzeit mit dem Betrage eines Monatsoldes entlassen wurden, während ihnen ein ganzer Quartalsold versprochen war, dieser letztere Sold vollständig entrichtet werde, und auch diejenigen, welche Anspruch auf halbe oder Dreiviertel-Pension zu machen berechtigt sind, hierfür eine angemessene Abfertigungsumme erhalten. Während wir uns der Hoffnung hingaben, daß in dieser Richtung Alles geschehe, um eine Sicherstellung sämtlicher Guthaben der abgedankten Militärs herbeizuführen, entnehmen wir einem Berichte des Herrn Batour vom 3. d., daß er in seiner Wirksamkeit durch das auffallende Benehmen der zurückgebliebenen Dberoffiziere (namentlich der Herren General Wytenbach, Oberst Weiß u. s. w.) gehindert und verlangsamt sei, nachdem sie durch seine Bemühungen, die von ihnen täglich angerufen wurden, erlangt hatten, was ihnen persönlich zuzufolge, nämlich, daß Befehls-Sicherstellung der Pensionenbeträge im großen Buche statt eines beglaubigten Taufscheldes die Vorlage eines bloßen Dienstetats genüge. Einzelnen Hauptleuten, die sich über die Pensionsverhältnisse mit Herrn Batour besprachen, soll nachher von ihren Dbern in Folge dieser Unterredungen scharfe Miße ertheilt und sogar Neuterei vorgeworfen worden sein, in der Weise, daß seit mehr als 14 Tagen die also einzelngedrückten Offiziere jeden Besuch bei Herrn Batour ausgebeugt haben und letzterer somit sich in Bezug auf das Pensionswesen durchaus ohne alle Kenntniss der seitherigen Verhältnisse befindet. Herr Batour glaubt aus diesem Benehmen die Folgerung ziehen zu müssen, daß seine Dazwischenkunft zur definitiven Regulirung der Pensionen von Seiten der Offiziere nicht gewünscht werde, daß nur die Administrationsräthe sich mit dieser Aufgabe zu beschäftigen haben, und daß letztere seine Mitwirkung ebenfalls auszuschießen suchen. Ohne das Entgegenkommen dieser Administrationsräthe ist aber Herr Batour an jedem fruchtigen Einschreiten vollständig gehindert, indem alle Schritten und Dofatimente, ohne welche in Sachen nichts gethan werden kann, sich in ihren Händen befinden. Um wirksam vorzugehen, sollten nach Herrn Batours Ansicht diese sämtlichen Administrationsräthe sich zu einer Gesamtkommision vereinen, bei welcher er ebenfalls mitzuwirken hätte, und zwar um so mehr, als die Einbeziehung ins große Buch eine Menge von Korrespondenzen mit den Kantonen, die ihn zur Easf fiele, wenn sie sich dieser Aufforderung der obersten Landesbehörde entziehen würden. Indem wir Sie hier von in Kenntniss zu setzen die Ehre haben, eruchen wir Sie angelegentlich, Ihre theils die Administrationsräthe und Offiziere, soweit Sie mit denselben noch in Verbindung und Korrespondenz stehen, nachdrücklich aufzufordern, den Herrn Abgeordneten in der von uns bezeichneten Weise zu unterstützen und das Ihrige nach Pflicht dazu beizutragen, daß die Angelegenheit der Pensionen eine allseitig betriebende Erledigung finde, indem Sie dieselben auf die Verantwortlichkeit hinweisen, die sie auf sich nehmen, wenn sie durch abweichendes Benehmen der Sache hindernd entgegenzutreten.“

(Wg.) Stämpfli, Bundespräsident.

Zürich, 26. September. [Strafurtheil.] Bekanntlich sind die Strafurtheile der Kantone noch sehr mittelalterlich. Dieser Tage hat das Kantonsgericht in Obwalden wieder ein bemerkenswerthes Beispiel dieser Art erlassen. Es hat nämlich über einen gewissen Joseph Imfeld, 21 Jahr alt, Klempner, wegen wiederholten Diebstahls, im Betrage von 855 Frs. 70 Cents., und weil er mit fünf ledigen Weibspersonen „mehr oder weniger verbotenen Umgang“ (so heißt es wörtlich im Urtheil) getrieben, folgende Strafen verhängt: 1) Soll Imfeld, nachdem das Glöckli geläutet, eine Viertelstunde auf den Lasterstein gestellt und dann mit 40 Ruthenschreien gequält werden; 2) hat er während vierzehn Tagen im Spital Exerzitzen (wohl geistliche) zu machen; 3) wird er auf 20 Jahre in ein fernes überseeisches Land verwiesen, falls er es nicht vorziehen sollte, dabei am Schellenwerke 2 Jahre lang Ketten und Schnabel und abermals 2 Jahre lang nur Schnabel zu tragen; 4) wird er auf 20 Jahre für ebr- und wehrlos erklärt; 5) auf den Fall der Nichtauswanderung ist er auf 10 Jahre in seine Heimathsgemeinde eingegrenzt; 6) wird er zur Rückerstattung des Entwendeten und in die Kosten verurtheilt; 7) ist er mit einer Geldbuße von 100 Frs. belegt; 8) für Wiedererstattung des Entwendeten, Prozeßkosten und Geldstrafe hat der Vater des Bestraften, Aloys Imfeld, auf Rechnung des Sohnes zu haften, so wie auch für dessen Auswanderungskosten zu sorgen.

Italien.

Rom, 24. Sept. [Der Papst; Lucian Bonaparte; republikanische Agitation in Bologna.] Gestern behnte der heilige Vater seine Spazierfahrt mehrere Meilen weit auf der Kourierstraße nach Florenz, der alten Via Cassia, aus, verließ auch zweimal den Wagen, um streckenweise zu Fuß zu gehen. Obwohl gewesen, ist ihm doch ein chronisches Leiden und ein Keim der Waf-

ferucht zurückgeblieben. Dr. Magalotti, der aus der Provinz vor einem Monat hergerufen ward, sagte den Krankheitsverlauf voraus. Jetzt ist die ganze Sorge der Aerzte darauf gerichtet, die noch vorhandenen krankhaften Elemente, welche die Zukunft nicht sorgenfrei machen, zu beseitigen. Doch zweifelt man leider an völligem Erfolge. Eine vorgeschlagene homöopathische Nachkur hat Se. Heiligkeit abgelehnt. — Gegen die Beförderung Mgr. Bonaparte's zum Erzbischof von Ravenna ist von einigen Kardinälen wegen seines unreifen Alters Einspruch erhoben worden. Doch Se. Heiligkeit erwiderte darauf mit den Worten des Apostels: „Niemand verachte seine Jugend.“ Indessen hat Mgr. Bonaparte selber aus keinem anderen Grunde die Würde ablehnen zu dürfen gebeten. Auch der Bischof von Marseille soll erst bei einem nächsten Anlasse Kardinal werden. — In Bologna fanden sich während der letzten Tage nicht wenige bekannte Persönlichkeiten der alten Republikaner ein, weil sie auf einen Antheil an der Agitation hofften. Unter ihnen war auch Vater Savazzi, bekanntlich Mazzini's vertrauter Freund. Doch ihre Mission blieb erfolglos; ja, sie wurden ersucht, die Stadt zu verlassen. (K. Z.)

Spanien.

Madrid, 26. Sept. [Der Streit mit Marokko; Zulmah.] Der „Correspondencia Autografa“ zufolge hat sich die spanische Regierung noch nicht über die Bedingungen ausgesprochen, welche sie von Marokko als Genugthuung erheischt. Spanien hat Eroberung im Sinne, aber Genugthuung wird es sich um jeden Preis verschaffen. Der „Iberia“ zufolge rechnen die in Gibraltar vorhandenen Mauren stark auf englische Unterstützung gegen Spanien und halten zahlreiche Zusammenkünfte. Nach demselben Journale scheint es, daß man nie direkt mit dem Kaiser von Marokko, sondern mit seinen Ministern verhandelt, und diese nicht übel den chinesischen Mandarinen gleichen. — Man erzählt, daß die Prinzessin Zulmah, die zweite Frau des verstorbenen Kaisers Abder Rahman von Marokko ihren Gemahl nur um einige Tage überlebt hat. Sie ist in Merenez gestorben. Diese Prinzessin ist eine Tochter des Kaisers Muley Soleiman, des Vorgängers von Abder Rahman gewesen. Sie galt unter den Muselmännern als eine große Heilige.

Madrid, 27. Sept. [Der Streit mit Marokko.] Die „Correspondencia Autografa“ meldet, die Regierung von Marokko habe eine Frist verlangt, damit der Kaiser Zeit gewinne, die Forderungen Spaniens zu untersuchen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 24. Sept. [Zur Feier der Großjährigkeit des Thronfolgers.] Der Großfürst Thronfolger hat am Tage seiner Großjährigkeit dem Militärgeneralgouverneur von Petersburg 10,000 Rubel für die Armen der Hauptstadt übersendet. — Die Illumination, welche am Tage der Eidesleistung des Großfürsten Thronfolgers in der Residenz stattfand, und sich in großem Theile am folgenden Tage wiederholte, gewährte einen wahrhaft prächtigen Anblick. Die Straßen, welche sich ganz besonders auszeichneten, waren: die große Moskaja, der Newsky-Prospekt, die Michailowstraße und das Ufer der Moika, von der Blauen bis zu der Pözeljewbrücke. Der Staats- und der Marienplatz waren wie mit Guckrunden von farbigem Feuer überzogen. Die Thürme des Stadthauses und der Admiralität, so wie das Senatgebäude und der Generalstab boten einen glänzenden Anblick. An vielen Stellen brannte bengalisches Feuer. Auf dem Plage vor der Kasanischen Kirche fand elektrische Beleuchtung statt. — Weitere Gna-denbezeugungen zur Feier der Volljährigkeit des Großfürsten Thronfolgers werden heute kund gemacht. Die bewegliche und unbewegliche Habe der am polnischen Aufstande von 1831 Betheiligten, deren Konfiskation bis zum 20. September d. J. nicht ausgeprochen war, soll ihren früheren Besitzern oder deren Kindern wieder zurückgestellt werden, vorausgesetzt, daß sie in ihre Heimath zurückgekehrt und anwesend sind. — Leider ist das denkwürdige und vom herrlichsten Wetter begünstigte Fest nicht ohne einen Unfall vorübergegangen. Während der Illumination stürzte durch den zu großen Andrang der Volksmasse bei der Polizeibrücke am Ufer der Moika ein Theil des Gitters mit zwei Granitpfosten und mit ihnen gegen 30 Personen ins Wasser. Von letzteren gelang es jedoch den Meisten, wegen des niedrigen Wasserstandes sich selbst wieder an das Ufer heraufzuarbeiten, die Uebrigen wurden mit Hülfe der Polizeibeamten und einiger fremder Personen herausgezogen. Von den Verunglückten ist eine Frau bald darauf verschieden. Auch ein sardinischer Unterthan, Charvais, wurde todt liegend an der Erde gefunden; er war wahrscheinlich erdrückt worden.

— [Das Marineministerium; Schulwesen; aus Sebastopol; die Affaire im Peiho.] Dem Marineministerium steht eine vollständige Reform bevor. Die Zahl der Aemter soll vermindert, das Schreibwesen vermindert und das Prinzip festgesetzt werden, daß die Verantwortlichkeit für die Bureau-Arbeiten einzig und allein auf den Vorstehern dieser Bureau's liege, welche ihrerseits sich ihre Gehülfen und Schreiber selbst wählen können, ohne daß diese in irgend einer Weise als im Staatsdienste befindlich angesehen würden. — Wie es heißt, sollen auf verschiedenen Gymnasien und Distriktschulen besondere Kurse für Pädagogik eingerichtet werden zur Heranbildung tüchtiger Elementarlehrer. Die hiesige Universität beabsichtigt eine pädagogische Bibliothek anzulegen. — Die Arbeiten im Hafen von Sebastopol Behufs Heraushebung der versenkten Schiffe sollen guten Erfolg haben; es sind nur noch 14 Schiffe, meistens Dreidecker und Fregatten, aus der Tiefe zu heben. — Der „Invalide“ äußert sich sehr entrüstet darüber, daß die Affaire auf dem Peiho mit russischen Intriguen in Verbindung gebracht wird. Bereits vor einigen Tagen hatte das Journal gegen diesen Verdacht Protest eingelegt.

— [Schamyl.] Auf die Nachricht, daß Schamyl unterwegs in Tschugoniew (einer kleinen Stadt im Bezirke Charkow) erkrankt sei, hat der Kaiser sofort verfügt, daß man dort so lange verweilen solle, als es der Zustand des Kranken erheische. Da der Kaiser in den nächsten Tagen nach Moskau und Zula abreist, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Selbstherrscher aller Rußen zufällig dem überwundenen Löwen des Kaukasus begegnet. Man setzt hier den alten türkischen Palast für Schamyl in Stand; ob dieser aber definitiv hier bleiben wird, darüber weiß man nichts.

Warschau, 25. Sept. [Der Kaiser; Ausstellung.] Der Kaiser wird am 17. Oktober hier erwartet. Er wird eine Woche

hier verweilen und über Dynaborg, von wo aus die Eisenbahn bis Petersburg schon fertig ist, nach der Residenz zurückkehren. — Die von dem Agrikulturrein des Königreichs in Lwow veranstaltete große landwirtschaftliche Ausstellung ist dieser Tage unter sehr großer Betheiligung des ganzen Landes eröffnet worden. (Schl. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 27. Sept. [Sitzung des Reichsraths; Ministerkrisis.] Die Mitglieder des sogenannten „Reichsraths“ hielten heute unter dem Präsidium des Professors Madvig eine Sitzung, in welcher von Seiten der Regierung nicht bloß eine Anzahl von Gesetzentwürfen übergeben, sondern auch gleichzeitig eine als Manuskript gedruckte Sammlung von diplomatischen Aktenstücken, betreffend die Verhandlungen mit dem Bundesstage, sowie einige andere Aktenstücke über die Stellung Holstein-Laueburgs in der Monarchie und über die Stellung Dänemarks mit Hinsicht auf den italienischen Krieg, vertheilt wurden. Rathmann Thomsen von Oldensvorth meldete sich in der heutigen Sitzung beim Präsidenten und überreichte seinen Wahlbrief. Nachdem derselbe von der Kommission als gültig anerkannt war, wandte sich Thomsen an den Präsidenten mit der Bitte ums Wort, behufs einer Erklärung in Betreff seiner Wahl. Der Präsident verweigerte ihm dasselbe, angeblich, weil keine Sache vorläge, in welcher ihm verstatet werden könne, das Wort zu nehmen, worauf Thomsen den Saal verließ. Dem Vernehmen nach beabsichtigte der genannte schleswiger Abgeordnete noch vor Beginn der Verhandlungen gegen die Fiktion, daß der gegenwärtige sogenannte „Reichsrath“ eine berechtigte Repräsentation des Herzogthums Schleswig enthalte, Protest zu erheben, sowie zu erklären, daß er nur zu dem Zwecke, einen solchen Protest hier anbringen zu können, die Wahl angenommen habe. Voraussetztlich wird Thomsen, ebenso wie Hansen aus Grumby, der auch in der heutigen Sitzung noch fehlte, nunmehr schriftlich Verwahrung einlegen. — Im Publikum, sowie in auswärtigen Blättern war in der letzten Zeit vielfach die Rede von gescheiterten Versuchen der Minister Hall und Krieger, in Verbindung mit dem Chef des Adjutantenstabs, Generalmajor v. Hegemann-Lindencrone, auf den König dahin zu wirken, daß dem jetzigen Reichsrath und General-Intendanten der Zivilliste, Kammerherrn Verling, die Dimission gegeben werde. Wie „Fädrelandet“ nunmehr meldet, hat Generalmajor v. Hegemann-Lindencrone jetzt für sich um seine Entlassung nachgesucht; das genannte Blatt deutet zugleich an, daß die Annahme dieses Entlassungsgesuchs zugleich den Rücktritt einiger Minister zur Folge haben dürfte, doch hat, wie man wissen will, wenigstens bis zu diesem Augenblicke der König dieses Entlassungsgesuch nicht angenommen. (Pr. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 21. Sept. [Die Verschwörung] wurde durch einen mitverschworenen Sergeanten, Hassan, an Niza Pascha verrathen. Es sind sehr strenge Maßregeln getroffen worden. Zwei Fregatten ankern vor dem Serail. Das Geschwader ist heute angekommen. Die Haupter der Verschwörung waren zwei Divisions-Generale, Djafer von der Artillerie, und Duff in Pascha, Gouverneur der Dardanellen. Einige Dbersten, Alesmas und Seras hatten sich ihnen angeschlossen. Djafer hat sich im Hospiz erkrankt. Die Christen sind nicht darin verwickelt. Der Plan war gefolgt worden: Die Europäer und die verschiedenen Gesandten sollten von den empörrischen Generalen in Schutz genommen werden. Die Zahl der Verschworenen ist groß, 150, aber keiner von ihnen scheint Reue zu empfinden. Man hatte die Absicht, den Sultan, die Minister und die ganze kaiserliche Familie zu ermorden und nur Abdul-Aziz, den Bruder des Sultans, zu schonen, der dann den Thron bestiegen sollte. Der Sultan ist sehr erschrocken. Nun will die Regierung glauben machen, die Verschwörung sei gegen die Christen, die Gesandten und die Fremden gerichtet gewesen, während man doch allgemein sagt, daß der Plan nur darauf angelegt gewesen sei, der Unordnung und der Verwirrung in den Finanzen ein Ziel und an die Spitze der Regierung neue Männer zu legen.

Beyrut, 20. August. [Kämpfe zwischen Christen und Druzen.] Man schreibt der „K. Z.“ von hier: Am Sonntag den 14. d. ereignete sich eine furchterliche und blutige Scene in Beit-Mery-Dorf auf dem Gebirge Libanon, zwei Stunden von Beyrut, wo die Europäer während der Sommermonate verweilen. Diese grausamen Streitigkeiten fanden zwischen Druzen und einheimischen Christen des Dorfes statt. Eine Druzen- und eine Christenfrau schöpften aus einem Brunnen Wasser, und dadurch, daß der Wassertrug der einen zerbrach, entstand ein Wortwechsel, welcher bald in Drohungen und Flüchen ausartete. Die Gekränkten kamen herbeizulaufen und nahmen Partei für ihre Frauen. Vom Wortwechsel ging es zum Handgemenge und vom Handgemenge zu den Waffen — und der Christ fiel, todt, unter den Schlägen des Druzen. Christen und Druzen haben sich hiernach von 8 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags, die Einen mit Säbeln, die Andern mit Gewehren, wieder Andere mit Keulen und Steinen, geschlagen, und wurden bei diesem Durcheinander 42 Personen getödtet, worunter 27 Druzen, 13 Christen, eine Frau und ein Kind. Die Druzen, welche an Zahl die Oberhand hatten und bei welchen die Mache sich bis zur dritten Generation fortpflanzt, hatten das Dorf während der Nacht verlassen und, sich vereinigt mit den Druzen anderer Dörfer der Umgegend, sich zu einer bewaffneten Bande gebildet und zogen mit dem Ausrufer weiter: „Die Christen haben unsere Brüder massaktrirt, laßt uns die Christen massaktriren!“ Auf diese Weise von Dorf zu Dorf ziehend, haben sie wirklich massaktrirt, verbrannt und geplündert. Das bischöfliche Seminar der Maroniten unter dem Maronitenbischof Zobia wurde ebenfalls von den Druzen geplündert und verwüstet. Folgenden Tages, Montag den 15. d., erhielten die Druzen Verstärkung, geführt von einem gewissen Dousouf Abd-ul-Melek. Ihr Anführer forderte sie auf, sich von Neuem zu schlagen, und entsandte Boten an alle Druzenhöfe des Libanons, um den Krieg gegen die Christen auszurufen. Die Druzen von Beit-Mery ließen sich nicht lange bitten, setzten sich in Bewegung und verbrannten vier Dörfer und ein Maroniten-Kloster von St. Jean, nachdem sie dieselben totaliter geplündert hatten. Die Maroniten ihrerseits hatten von der Nacht profitirt, um überall durch Zeichen den Krieg mit den Druzen anzukündigen. Während der Nacht am Vorabend von Maria-Himmelfahrt sah man von Beyrut die Berge durch schnell vorübergehende Blitze, von Blitzenstrahlen herrührend, erleuchtet. Es waren dies die Christen vom Kassawan, welche nach Beit-Mery gelaufen, um ihren Mitgläubigen zu Hülfe zu eilen. Anderen Tages griffen die vereinigten Christen die Druzen an und verbrannten ihnen vier Dörfer und mehrere Moscheen. Die Europäer und die Mönche der verschiedenen Maroniten-Klöster des Libanons flohen mit ihren werthvollsten Sachen, Kleiden, Drenamenten u. s. nach Beyrut, wo sie Montags wohlbehalten ankamen. — Die letzten Nachrichten aus Syrien vom 15. d. M. melden, daß der Friede zwischen den Maroniten und Druzen durch Vermittlung der Konjula zu Stande gekommen sei. Nach den Bestimmungen des Vertrages müssen die Druzen die Häuser der Christen wieder aufbauen, welche sie verbrannt haben. Insofern haben im Distrikt Bethon neue Erzeffe stattgefunden. Der Döbel, ermutigt durch die Abwesenheit des Gouverneurs, den die Türken in Beyrut zurückgelassen, hat die Gebäude der Bornesbisten des Ortes, unter denen sich ein Franzose befindet, verwüstet. Der französische Generalkonsul hat eine Eskorte abgesendet, um die französischen Familien nach Beyrut zu geleiten.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 18. September. [Dimission des Municipipalrathes.] Die Konflikte zwischen dem Minister des Innern und dem Municipipalrath haben zu einem vollständigen Zerwürfniß geführt, und da es den Mitgliedern der Municipipalität unmöglich war, ihre Aemter in der vom Minister gebotenen Einschränkung zu verwalten, haben sie demselben in einer vom 15. d. datirten Note

ihre Dimission angezeigt. Es wird eine Neuwahl angeordnet werden müssen. Sollten die abgetretenen Municipalräthe wieder gewählt werden, was nicht unwahrscheinlich ist, so würden der Minister des Innern und mit ihm indirekt seine Kollegen eine große Niederlage erleiden, eine um so bedeutungsvollere, als sich dann die Hauptstadt gegen sie erklärte und die Hauptstadt das Land repräsentirt. Man spricht stark von einem Ministerwechsel.

Kragujevac, 22. Sept. [Eröffnung der Skuptschina.] Nachdem gestern sämtliche Deputirte der 17 Kreise ihre Vollmachten vorgezeigt, wurde heute um 8 Uhr früh die Skuptschina eröffnet. Zum Präsidenten war der Belgrader Abgeordnete Karabibrowitsch, zum Vizepräsidenten der Vertreter von Kragujevac, Zuzakowitsch, erwählt. Nach 10 Uhr begann die kirchliche Zeremonie, welche der Metropolit Michael unter Assistenz vieler Geistlichen, in Gegenwart des Fürsten Milosch und des Thronerben Michael abhielt. Nach der Rede des Metropoliten ergriff Milosch das Wort und ermahnte die Skuptschina, sich ausschließlich mit den inneren Angelegenheiten zu beschäftigen, die Leitung der auswärtigen Politik dagegen ihm allein zu überlassen, namentlich aber sich und das Land mit dem Gedanken an die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Steuern und Abgaben vertraut zu machen. Um 11 Uhr begab sich der Fürst in Begleitung des Thronerben aus der Skuptschina in seinen Konak zurück. Diese erste Sitzung ist deshalb merkwürdig, weil in ihr ein Konflikt zwischen dem Fürsten und der Versammlung zu Gunsten der letzteren entschieden ward. Milosch hatte nämlich gestern bereits zwei Sekretäre der Skuptschina ernannt. Als jedoch der Minister des Innern dies heute der Versammlung kundmachte, legten die Abgeordneten des Waljewoer Kreises Protest ein, und der Protas (Erzpriester) von Waljewo sagte gerade heraus: „Wir bitten Sie, dem Fürsten zu erklären, er möge die Grenzen seiner Macht nicht überschreiten, sondern der Legalität ihren ungehinderten Lauf lassen!“ Die Mehrzahl der Deputirten schloß sich diesem kühnen Ausspruche an, und so wurden denn die Wahlen der Sekretäre, wie oben erwähnt, in gesetzlicher Weise durch die Skuptschina selber vollzogen. (P. E.)

A s i e n .

Hongkong, 10. August. [Der chinesische Gefechtsbericht über die Peiho-Affaire] wird von der hiesigen „China Mail“ mitgetheilt. Der chinesische Fürst Santolin-sin, welcher bei der Gelegenheit kommandirte, meldet seinem Kaiser Folgendes: „Schon bei mehreren Tagen hätten sich die rebellischen Barbaren insolent benommen, worüber im Eingelassen zu berichten er indeß nicht über sich gewinnen konnte; genug, als Hangsub (der Gouverneur von Peking) nach Peking geeilt sei und ihren Gesandten in Betreff einer persönlichen Zusammenkunft geschrieben habe, sei von den Barbaren darauf keinerlei Rücksicht genommen worden, vielmehr haben sie ihr Verlangen wiederholt, daß alle Hindernisse im Laufe innerhalb einer bestimmten Zeit beseitigt werden müßten. In der Nacht vom 24. seien sie, verständigen Weisungen nicht gehorchend, in einem ihrer kleinen Boote innerhalb des eisernen Pfahlwerkes erschienen und haben mittelst Bomben zwei der großen, quer über den Fluß gelegten eisernen Ketten, so wie einen starken, aus Korken- und Eisen gebrechten Kabel gesprengt und sich, als sie auf das chinesische Wachthaus stießen, zurückgezogen. Von den Chinesen sei nicht ein Schuß gefallen, vielmehr hätten sie sich begnügt, die Ketten wieder mit einander zu verbinden und die Passage von Neuem zu sperren. Früh Morgens am 25. hätten darauf mehr als zehn Dampfschiffe der Barbaren außerhalb des eisernen Pfahlwerkes Position genommen und drei derselben seien gerade unterhalb des südlichen Thors auf die Pfähle gerathen, an deren oberste Spitzen sie darauf durch Schwimmer Taue hätten binden lassen, deren Enden an das Hintertheil der Schiffe befestigt wurden. Innerhalb sechs Stunden seien auf diese Weise mehr als zehn von den Pfählen ausgerissen und weggeschleppt worden, während die Schiffe alle rothe Flaggen aufgezoogen hatten, zum Beweise, daß sie Feindseligkeiten zu eröffnen entschlossen seien. Solche übermüthige Haltung der Rebellen hinguzunehmen, sei allerdings schwer gewesen; aber die Rücksicht darauf, daß das Friedenswerk, welches jetzt schon seit zwei Jahren im Gange sei, gänzlich zu Grunde gerichtet werden würde, sobald das Feuer eröffnet werde, habe ihn (den Berichterstatter) veranlaßt, sich in Ruhe zu fügen und seine Zeit abzuwarten, wodurch dann die Barbaren in ihrem Uebermüthe ermüdet und die Wuth der chinesischen Soldaten noch mehr genährt worden sei. Gerade als der Kampf zu beginnen im Begriffe stand, sei ein Bote mit einer Mitteilung des Tautai (Kommandanten) von Tientsien abgedrückt worden, um sie noch einmal zu warnen. Die Barbaren hätten aber nicht erlauben wollen, daß das Schreiben abgelesen werde, vielmehr rückten ihre Schiffe gleich einem Bienenkriegswurm gerade gegen das zweite Thor auf der Südseite vor, stießen dabei zwei Mal auf die eisernen Ketten und eröffneten, dadurch zum Halten gezwungen, ihr Feuer auf die chinesischen Batterien. Die chinesischen Soldaten, deren Wuth lange Zeit zurückgebrängt worden war, hätten nun nicht länger im Zaume gehalten werden können, die Geschütze jeder Division, große wie kleine, eröffneten ihr Feuer auf allen Seiten, und dasselbe hatte am Abend noch nicht aufgehört. Mehr als zwanzig Boote seien darauf am Ufer bei dem südlichen Thor erschienen, und die Barbaren hätten ein Truppenkorps gelandet, welches außerhalb des Festungsgrabens formirt wurde, worauf die mit Mauerflinten und Luntenschloßern bewaffneten Divisionen mehrere Male feuerten; die Barbaren hatten nicht gewagt, den Graben zu überschreiten, jedoch sich in den Schiffs geworfen und aus dem Hinterhalt gefeuert. Solche mörderische Bosheit sei dazu angethan gewesen, das Paar vor Wuth sich sträuben zu machen, und um die Ehre des Staates zu wahren und zugleich den Erwartungen der Regierung zu entsprechen, sei man genöthigt gewesen, die Truppen zur äußersten Kraftanstrengung ins Gefecht zu führen. Hangsub, der am Neuen Fluße (wie es scheint, einem mit dem Peiho in Verbindung stehenden Kanale) stationirt worden war, habe sich an die Spitze seiner Kavallerie und Infanterie gesetzt, sobald er die Kanonade vernahm, und sei nach Tatu zurückgekehrt, um seine Leute als Reserve über eine im Rücken des Thors laufende Straße herbeizuführen. Ebenso sei der Finanzkommissar Wan Yu von Pautina herbeigekommen. Die Zahl der gelandeten Barbaren sei mehr als Tausend gewesen; doch wäre es mit Hilfe von Leuchtfeuern gelungen, den chinesischen Geschützen in der Dunkelheit eine so genaue Richtung zu geben, daß die Geschwindigkeit und Stärke der Angreifer endlich erschöpft wurde und sie sich genöthigt sahen, wieder zu ihren Schiffen zurückzukehren. Die Chinesen selbst kehrten erst mit Tagesanbruch in ihre Reihen zurück. Die Leichen der Barbaren hätten haufenweise dagelegen; es seien deren etwa 110 gewesen, außer denjenigen, welche auf die Schiffe zurückgebracht worden seien; außerdem 41 Gewehre fremder Fabrik und Uniformstücke, so wie eine große Menge anderer barbarischer Artikel. Drei Boote seien gestrandet und in einem derselben ein Soldat versteckt gefunden worden, der von den chinesischen Truppen lebendig gefangen worden sei; ein anderer Gefangener sei aus dem Schlamm hervorgeholt worden. Von diesen Leuten haben der Eine ausgelegt, daß er ein Engländer, der Andere, daß er ein Amerikaner sei, und daß sie während des Gefechts mit der Reserve in den Booten von der Barre herbeigekommen seien. Sie hätten die Zahl der Truppen auf 15–1600 Mann angegeben, von denen viele getödtet worden, auch daß der englische Admiral Hope verwundet worden und daß die Feindseligkeiten einzig und allein auf seine Veranlassung unternommen worden seien. Hangsub habe einen Offizier zur Bewachung der Gefangenen angeordnet, weil er der Meinung sei, ihr Verbleib könne künftig einmal das Mittel darbieten zu einer Rundgebung verächtlicher Intentionen. Es seien im Ganzen 13 Dampfschiffe der Barbaren am 25. im Gefecht gewesen und nur eins derselben wieder über die Barre zurückgekehrt, die übrigen seien alle theils versenkt, theils entmastet und im Allgemeinen so arg mitgenommen worden, daß sie nicht mehr haben aus der Stelle kommen können.“

A m e r i k a .

Buenos Ayres, 27. Juli. [Folgen des Krieges; die deutsche Einwanderung.] In Folge eines Kriegszugangs, den die Konföderation Argentinien (Montevideo) gegen Buenos Ayres unternommen, ist eine bedauerliche Geschäftsstockung eingetreten. Seit 3 Monaten, so lange die Handel dauern, ist es zu keinem nennenswerthen Gefecht gekommen, hauptsächlich der großen

Dürre wegen, durch welche das Land schon im vergangenen Jahre über die Hälfte seines reichlichen Viehbestandes an Schafen und Rindern verloren hat, während das Viehsterben bei Abgang des Brieses noch fortbauerte. Für Deutsche ist es eine gewagte Sache, in Südamerika einen bleibenden Aufenthalt zu suchen. Ankömmlinge im jugendlichen Alter haben mit der Zeit eine vortheilhafte Zukunft in Amerika zu erwarten, wenn sie Ausdauer genug besitzen, um die ersten Müheligkeiten zu überstehen und sich an das Klima zu gewöhnen, doch gehört dazu eine hinlängliche Charakterstärke. Ein Haupterforderniß ist die Erlernung nicht allein der Landessprache, sondern auch verschiedener anderer Mundarten, die dort gangbar sind. Einwandernde Familien müssen als Landbebauer ausreichende Geldmittel besitzen, um außer dem Ankauf von Grundstücken sich wenigstens ein Jahr hindurch selbstständig unterhalten zu können; auch müssen sie darauf vorbereitet sein, alle Arbeiten persönlich zu verrichten, denn Lohnarbeiter fehlen zeitweise dort gänzlich. Mit diesen Erfordernissen versehen, sind deutsche Ansiedler dort öfter wohlhabend, jedoch selten reich geworden. Dagegen haben die amerikanischen Verhältnisse auch sehr beachtenswerthe Vorzüge, namentlich in der freien Erwerbsthätigkeit.

Zum italienischen Kriege.

Nachträge und Ergebnisse.

Turin, 24. Sept. Die für die Reform der Rechtspflege bestellte Kommission wird am 28. ihre erste Sitzung halten. Mitglied derselben ist u. A. der lombardische Appellationsrath Sighele.

Turin, 25. Sept. Fürst Poniatowski hat vor drei Tagen Florenz verlassen und ist gestern auf seiner Reise nach Paris hier durchgekommen. Er zeigte sich sehr günstig gestimmt für die italienische Sache und sprach sein Bedauern aus, daß er eine Mission habe übernehmen müssen, deren Erfolglosigkeit leicht vorauszuweisen war. Er habe nur auf das inständigste Zureden des Grafen Walewski dieselbe übernommen, in der Zuversicht, etwas Gutes wirken zu können. Andere bedeutende Personen haben in diesen Tagen Turin auf ihrer italienischen Reise berührt. Von Engländern waren Lord Clanricarde, der Oberst Cardigan und das Parlamentarischmitglied Kinnaird hier. Dieser letztere kommt aus Mittelitalien, das er einige Zeit bereiste, und sprach sich anerkennend für die dortigen Zustände und politischen Bestrebungen aus. J. Bazzy befindet sich auch hier. Der englische Gesandte Sir J. Hudson ist in Begleitung des Herrn Panizzi, Direktors des Londoner Museums, der seine Vaterstadt Modena und die anderen Theile Mittelitaliens besucht, und ebenfalls die besten Eindrücke mitgenommen hat, abgereist. Der piemontesische Oberst Cadorna, einer unserer besten Offiziere, der sich als Chef des Generalstabes einer Division im letzten Kriege sehr ausgezeichnet hat, begibt sich nach Florenz, nachdem er auf längere Zeit von der hiesigen Regierung einen Urlaub erhalten hat, und man glaubt, daß er dort sich mit der Organisation des mittelitalienischen Bundesheeres beschäftigen wird. Eine merkwürdige Publikation wird nächstens in Bologna stattfinden, nämlich die eines Gutachtens des berühmten Advokaten Beni degli Antoni vom Jahre 1815, worin dargelegt wird, daß Bologna bis zum Jahre 1797 Souveränitätsrechte ausgeübt hat, und daß die päpstliche Oberherrlichkeit sich nur auf eine Art von Schutzrecht beschränkte; diese Zustände wurden durch 27 Päpste nach der Reihe ihrer Nachfolge förmlich bestätigt. Diese Denkschrift sollte als Beilage einer Vorstellung dienen, welche die Stadt Bologna im Jahre 1815 dem Papste einreichen wollte, um jene Vorrechte wieder zu erlangen. Dies soll unterblieben sein, weil damals der Kardinal Consalvi dem Urheber jener Petition mit lebenslänglichem Gefängniß im Castel S. Angelo drohte, wenn etwas davon in die Öffentlichkeit käme. Der Advokat, der sehr alt und gebrechlich war, hatte keine Lust, sein Leben in einem päpstlichen Gefängniß zu enden, und das Gutachten blieb ein Nescitum. Jetzt scheint die Zeit gekommen, die darin entwickelten Thatsachen und Rechte zur Geltung zu bringen. Es ist überhaupt zu bemerken, daß der Besitz der Legationen und der Marken keineswegs selbst von der kirchlichen Autorität, als Patrimonium St. Petri angesehen und daß die weltliche Gewalt des Papstes über jene Provinzen nicht als so fest begründet gehalten wird, als daß man nicht darüber anders verfügen könnte. Es war eben auf diesen Grund hin, daß gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts der heilige Stuhl kein Bedenken trug, das Land abzutreten. Darauf bezieht sich die berühmte Rede des Bischofs Chiaramonti, nachherigen Papstes Pius VII., welcher den Legationen Gehorsam gegen die Geheiß der cisalpinischen Republik als der damals legitimen Autorität anempfahl.

Turin, 26. Sept. Die ungarische Legion ist nun beinahe ganz nach Oestreich zurückgeschickt worden. Auf die Bitte des Kaisers Napoleon hat die östreichische Regierung sich schriftlich verpflichtet, die Mitglieder der Legion nicht bloß von jeder Strafe zu befreien, sondern sie zugleich vom ferneren Militärdienste zu entheben. — Graf Savour wird hier erwartet, um der Kommission in Sachen des neuen Wahlgesetzes zu präsidiren. — Die Herzogin von Parma ist von der Schweiz aus vom Kaiser Franz Joseph eingeladen worden, ihren Wohnsitz in Oestreich aufzuschlagen, sie hat aber die Einladung abgelehnt. (R. Z.)

Mailand, 24. Sept. Der König kehrt heute nach Turin zurück und kommt am 8. Okt. wieder her zu längerem Aufenthalte in der Lombardei.

Genua, 24. Sept. Fürst Poniatowski ist auf der Rückreise nach Frankreich hier eingetroffen.

— Die provisorische Regierung von Toscana hat die Errichtung zweier Reiter-Standbilder des Königs Victor Emanuel und des Kaisers Napoleon III. auf Staatskosten beschlossen. Dieselben sollen durch toscanische oder sonst italienische Künstler angefertigt und auf dem Unabhängigkeitsplatze in Florenz aufgestellt werden. — In Bologna hat der General Fanti, Oberkommandant der mittelitalienischen Armee, das Freikorps des Generals Roselli aufgelöst, um Linienregimenter daraus zu bilden. Außerdem hat er beschlossen, die romagnolischen Streitkräfte auf 20,000 Mann zu erhöhen.

— Galignani's „Messenger“ meldet, daß die toscanische Regierung die Güter des Vertreters des Herzogs von Toscana, Herrn Bargagli, unter Sequester gelegt hat. Bargagli ist wiederholt aufgefordert worden, den Gesandtschaftspalast in Rom, der dem Lande und nicht dem Großherzog gehöre, zu räumen und die Archive auszuliefern; er hat sich geweigert, und die Regierung hat nun jene Maßregel ausgeführt, die sie wiederholt angedroht hat.

Modena, 21. Sept. Die modenisch-parmesanische Anleihe soll theils hier, theils von Bankiers in Mailand, Livorno und Turin subskribirt sein. Man besorgt indeß die Erneuerung einer dergleichen Operation, da die genannten revolutionären Regierungen mit den regelmäßigen Einnahmen durchaus nicht auslangen.

Rom, 22. Sept. Während die provisorische Regierung in Florenz vorige Woche eine neue Eisenbahn durch den Bischof von Siena einweisen ließ, bietet die in Bologna Alles auf, durch konsequente Entfernung der aus der jüngst vergangenen Zeit noch in die Gegenwart herübertragenden Mängel der Verwaltung ihren bisherigen guten Ruf zu behalten. Doch was hilft's? Ihrem Thun und Lassen fehlt der Stempel der sogenannten Legitimität, und in Rom will man vom Pontius aus Paris bestimmt wissen, daß die noch übrigen Tage der Fusion Zentral-Italiens bereits dort gezählt, die Herzogthümer aber und die Romagna selber mit ihren politischen Hoffnungen zu den Todten geworfen seien. Die nächste Zu-

kunft kann uns in dieser Beziehung nur Wichtiges bringen. In Toscana wie in der Romagna ist die Presse gegen Rom zugellos. Vorgestern nahm man in Civita-Vecchia eine Kiste voll insamirender Libelle in Beschlag, die aus Livorno eingebracht war. Es bedürfte wahrlich nicht weitem Imports, denn wir sind damit bereits überschwemmt. Mehrere der Pamphlete sind ernsteren Inhalts. In einem, des Titels „Pietro e Paolo“, predigen beide Apostel auf Piazza del Popolo und im Vatikan das biblische Evangelium und werden auf Kardinal Antonelli's Befehl darüber ergriffen und eingestekt. Weiter wird nachgewiesen, daß käme Christus heute zur Welt, er in Rom weder Schulmeister noch Pfarrer werden könnte, weil er das Tridentiner Konzil gewiß nicht unterschreiben würde; sicherer wäre ihm die Aussicht auf Kerker und Ketten der Inquisition. — Zur Sicherung der innern Ruhe läßt die Regierung jezt im ganzen Lande Vorbereitungen zur Errichtung einer Guardia villica, einer Art Landsturm, treffen. Bisher war dieselbe nur in der Mark Ancona wie in der Delegation Urbino und Pesaro, wo der Mann den hohen Sold von 2 Paoli täglich (etwa 10 Silber groschen) erhielt. Da die Beibehaltung dieses Besoldungsmaßstabs für die übrigen Provinzen unmöglich ist, so will man mit Kommunalprivilegien vergüten, wo die Geldmittel nicht ausreichen. Doch auch mit dieser Sicherheitswache wird man den Bod zum Gärtner machen. — Die Desertionen vom Fremdenregiment in Perugia nahmen so überhand, daß General Schmid sich entschloß, an das italienische Stadt- und Landvolk, das er im Zügel zu halten hat, zu appelliren und seine Mitwirkung zur Verhütung der Desertionen zu erbitten. Jedem, der einen Defecteur einbringt, ist eine Belohnung von 4 Scudi zugesichert. (B. Z.)

Bologna, 22. Sept. Der hiesige Erzbischof hat die Abhaltung einer kirchlichen Todtenfeier für den Flüchtling Manin, die zugleich zu einer lärmenden politischen Demonstration hätte dienen sollen, unterjagt.

Militärzeitung.

England. [Die große Gürtelbahn und die locomotives batteries; Verstärkung der Land- und Marine-Artillerie; das Korps der Küstenwächter.] In der gegenwärtig zur Berathung über die zweckmäßigste Verstärkung der englischen Küstenbefestigung niedergelegten Sachkommission ist jezt alles Ernstes die praktische Ausführung der schon seit einigen Monaten in der englischen Presse verhandelten Idee einer Gürtel-Eisenbahn, zunächst rings um die englische und schottische Küste, verbunden mit dem elektrischen Telegraphen und den sogenannten locomotives batteries, zur Sprache gekommen, und soll dieser wahrhaft ungeheuerliche Gedanke in der That nicht geringe Aussicht haben, sich zur Wirklichkeit zu gestalten. Es handelt sich dabei um nichts weniger, als vermittelst der heraufstellenden Eisenbahn und auf die Benachrichtigung des Telegraphen eine in jedem der 11 englischen und schottischen Seearondissements bereitgehaltene Batterie von 12–16 Armstrong-Kanonen zu jedem Augenblick nach jedem etwa von einer feindlichen Bandung bedrohten Punkt der Küste bringen zu können, resp. mehrerer solcher Batterien auf irgend einem derartigen Punkte zu vereinigen und durch deren, auch die französischen gezogenen Kanonen an Schußweite und Treffsicherheit weit überbietendes Feuer den Feind abzuschießen. Diese Idee ist groß, überhaupt aber steht wohl fest, daß, wenn die projectirte und theilweise schon der Ausführung nahe gerückte neue englische Küstenbefestigung erst vollendet sein wird, kein Werk der alten wie der neuen Zeit damit auch nur einen ungenügenden Vergleich aushalten kann; denn in der That sind die Engländer eben dabei, auf den Inseln des Kanals und auf der kurzen, Frankreich gegenüberliegenden Küstenstrecke von Bournemouth bis Harwich an diesen beiden Orten, in Plymouth, Dartmouth, Portland, auf Jersey, in der Katharinenbat auf Guernsey, auf der Insel Aurigny, in Portsmouth, Leasford und Dover ein 11faches Seebastopol oder Gibraltar zu gründen. Eine Frage von höchster Wichtigkeit bleibt bei all diesen großartigen Befestigungsbauten und Voranstalten aber dennoch zu lösen: wo nämlich die Hände zu deren Vertheidigung hernehmen? und geht damit die verwandte Frage über die Bemannung der Flotte Hand in Hand. England ist in beiden Beziehungen ausschließlich auf freie Werbung angewiesen, die Summen, welche jährlich hierauf, wie auf die Bereithaltung der Geworbenen für den Kriegsfall verwendet werden, sind enorm, aber dennoch werden die damit erzielten Resultate von Jahr zu Jahr geringer, und jeder ernste, die eigenen Küsten bedrohende Krieg müßte bei der Beibehaltung des jetzigen Systems der englischen Regierung die furchtbaren Verlegenheiten bereiten. Um wenigstens dem zum Drückendsten fühlbaren Mangel an geübten Artilleristen abzuheilen, soll nunmehr von der Vertheidigungskommission die Vermehrung des Landartilleriekorps von gegenwärtig etwa 12–14,000 auf 18,000 Mann, und die der Seeartillerie von 3 auf 12,000 Mann vorgeschlagen werden. Man geht hierbei von dem Grundsatz aus, auf jede, für den unmittelbaren Dienst bestimmte Kanone mindestens drei Mann Bedienung zu besitzen, während sich, namentlich bei der Seeartillerie, das Verhältniß augenblicklich noch derart verhält, daß immer auf zwei Geschütze erst ein geübter Artillerist vorhanden ist. Eben so hat auch das ganz militärisch organisierte und vornehmlich für den Fall der Noth zur schleunigen Flottenbemanning und zur Küstenvertheidigung bestimmte Korps der Küstenwächter durch Hinzufügung einer Art Seemiliz, der sogenannten freiwilligen Küstenwächter, bereits eine Verstärkung von gegen 10,000 Mann erhalten, und soll zu denselben Zwecken nun noch um die bedeutende Zahl der Marine-Pensionäre verstärkt werden. Summe würde man damit aber zusammen höchstens nur 30 bis 40,000 Mann erzielen, während für die Bemannung der Flotte allein mindestens 130–150,000 Mann erforderlich wären, und eine erfolgreiche Küstenvertheidigung vielleicht die gleiche Zahl in Anspruch nehmen dürfte. Altio im Dienste der englischen Kriegsmarine befinden sich für den gewöhnlichen Friedensstand 3000 Marine-Kanoniere, 12,000 Seesoldaten und ungefähr 32–34,000 Matrosen, im höchsten Stande also ungefähr 50,000 Mann; so daß bei den, wieder zum höchsten Zahlenverhältniß angenommen, 40,000 Mann der Seereserve, zur vollständigen Bemannung der Flotte immer noch 50–60,000 Mann durch Werbung beschafft werden müßten. Um über den Kostenpunkt, welchen England die Bereithaltung seiner See- und Land-Reserven bereitet, einen ungefähren Begriff zu erhalten, genügt anzuführen, daß jeder Matrose mit 10jährigem Dienst schon ein Pensionsanrecht erwirbt, mit 20jährigem Dienst aber in das höchste Pensionsmaß, den Dreiviertelsohd eines diensthunenden Matrosen, eintritt, worer er nur der Verpflichtung unterliegt, sich zum Wiedereintritt in den Dienst für den Fall der Noth in die Listen des Korps der sogenannten Marine-Pensionäre einschreiben zu lassen. Ganz eben so verhält es sich mit den ausgedienten Landsoldaten, die auf dieselbe Weise, wofür sie die Pension annehmen wollen, in die sogenannten Pensionär-Kompagnien übertreten. Die freiwilligen Küstenwächter erhalten dagegen jährlich, wie überhaupt sämtliche englische Milizen, nach unserem Gelde etwa 12 Thlr. Entschädigung dafür, daß sie sich für den Fall der Noth zum Eintritt in den Dienst bereit erklären, während sie unter Waffen ganz gleich den gewöhnlichen Kriegsmatrosen und Linienoldaten besoldet und gehalten werden, wie zugleich auch für den Fall der Verwundung oder Invalidität durch den Dienst die vollen Ansprüche auf Pension erwerben. Die regulären Küstenwächter erhalten zu ihrem Matrosenlohn noch täglich 1½ Sch. oder 15 Sgr. Zulage für ihre Bereithaltung zum Kriegsdienste. Alljährlich werden so, auch für den Fall der Nichtbenutzung zum Dienst, für diese inaktiven und zum Theil, namentlich bei den Pensionär-Kompagnien, völlig unbrauchbaren Mannschaften gegen 2 Mill. Pfd. St. oder 14 Millionen Thlr. ausgegeben.

Aus polnischen Zeitungen.

[Katholische Konvikte zur Beseitigung des protestantischen Einflusses in der Gymnasialbildung.] Der Posener Korrespondent des „Gazet“ berichtet: „Gar viel hört man zu dieser Frist hier über ein Vorhaben unseres hochwürdigsten Erzbischofs reden, dessen Wirkungen für die hiesige Jugend heilbringend werden müßten. Keinem Zweifel unterliegt es, daß ein bedeutender Theil der Familienväter, zumal diejenigen, die einen tieferen Einblick in die Sache haben, durch den Unterricht und die Erziehung in den hiesigen Gymnasien nicht befriedigt werden, insbesondere nicht mit der ganzen Richtung des öffentlichen Unterrichts übereinstimmen können, und das aus zwei Hauptursachen: einmal wegen Mangels an Aufsicht und Zucht Seitens der Schule,

demnachst aber wegen der auf den Protestantismus und die deutsche Philosophie basirten Richtung. Das ist denn auch die Ursache, derentwegen bisher viele der vermögenden Familien ihre Söhne ins Ausland geschickt und trotz der wohlthätigen sonstigen Nachtheile und Gefahren einer auswärtigen Erziehung in französischen oder belgischen Unterrichtsanstalten untergebracht haben. Nun heißt es, daß der hochwürdigste Erzbischof, indem er bereits über eine bedeutendere Anzahl von Geistlichen verfügen könne, bei jedem Gymnasium im Großherzogthum, zunächst bei dem hier am Orte, eine Art von Konvikts für die Jugend einzurichten gedenke, in welchem die Jünglinge unter die unmittelbare Aufsicht von eigens dazu ausgewählten Geistlichen gestellt werden würden, während sie gleichzeitig den öffentlichen Unterricht besuchten. Es würden dies also Konvikts sein, in denen eine gewisse, zwar nicht klösterliche, doch pädagogische Regel waltete. Die Jünglinge würden in denselben Unterhalt, Beaufsichtigung und Pflege finden, und zugleich würde der Einfluß der speziellen Konvikts-Lehrer den protestantischen Einfluß der öffentlichen Schulen paralysiren und beseitigen. Freilich ist das Ganze bis jetzt nur noch ein Projekt, dessen Einzelheiten noch nicht vollständig bekannt; gleichwohl geben wir in Vorstehendem die Grundzüge dieses Projektes, dessen Verwirklichung die besten Früchte bringen dürfte. (Ein klösterlich-mittelalterliches Erziehungssystem und die moderne freie Wissenschaft? Wir meinen, die letztere könne von Rechtswegen weder katholisch, noch protestantisch sein.)

Locales und Provinzielles.

R. Posen, 1. Okt. [Allerhöchste Ernennung.] Se. K. H. der Prinz-Regent hat den Großfürsten Thronfolger von Rußland bei Gelegenheit des Antritts seiner Volljährigkeit zum Chef des 1. preussischen Ulanenregiments ernannt, das bekanntlich dem 5. Armee-Korps angehört. Bisher war der Großfürst Rittmeister im 3. Ulanenregiment, dessen Chef bekanntlich der Kaiser von Rußland ist. Eine kurze historische Skizze über das erstgenannte Regiment werden wir unsern Lesern demnächst mittheilen können.

[Schillerfeier.] Ueber die auch hierorts zur Feier des Säculargeburtstags unseres großen Schiller zu veranstaltenden Festlichkeiten hören wir, daß vorläufig eine Feier im Stadttheater (da es an einer andern größeren Räumlichkeit hier mangelt) am 10. November Mittags mit Reden, Musik und Gesang und lebenden Bildern, und nach derselben ein Diner veranstaltet werden soll. Theaterdirektor Keller beabsichtigt am Vorabend, d. 9. Novbr.,

„Laube's Karlschüler“ und am Festtage selbst eine der größten Tragödien des Dichters zur Aufführung zu bringen. Wir werden nicht unterlassen, seiner Zeit die durch das zusammentretende Comité festzustellenden näheren Bestimmungen zur Kenntniß unserer Leser zu bringen, da wir wohl mit vollem Recht voraussetzen dürfen, daß der Feier selbst, wie überall, in den gebildeteren Kreisen die all-gemeinste Theilnahme auch bei uns entgegenkommen werde.

[Katholische Waisenhaus.] Dem zu Wongrowitz (Reg. Bez. Bromberg) unter der Benennung: Waisenhaus unter dem Schutze des heiligen Georg, neu zu errichtenden Waisenhauses für Kinder katholischer Konfession sind Allerhöchste Korporationsrechte, so weit es deren zur Erwerbung von Grundstücken und Kapitalien bedarf, verliehen, und die dieser Anstalt seitens des Propstes Georg Musolf dafelbst gemachten Zuwendungen, bestehend in einem ausgebauten Hause mit einem Wirtschaftsgelände und einem Kapitale von 12,000 Thlrn. landesherrlich genehmigt worden.

Fremden-Rapport

wegen Mangel an Raum in der nächsten Nummer.

Monats-Übersicht der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen.

Activa.	
Kassen-Bestände:	
Gepagtes Geld	313,160 Thlr.
Noten der Preuß. Bank und Kassenanweisungen	78,050 „
Wechsel	1,103,430 „
Bombard-Bestände	304,610 „
Effekten	164,320 „
Grundstück und diverse Forderungen	43,630 „
Passiva.	
Eingezahltes Aktienkapital	1,000,000 Thlr.
Noten im Umlauf	913,400 „
Guthaben von Instituten und Privatpersonen	16,900 „
Verzinsliche Depositionen mit 6 monatlicher Kündigung	20,500 „
	800 „
Posen, den 30. September 1859.	
Die Direktion.	Hill.

Aufündigung von Kreis-Obligationen des Pleschener Kreises.

Bei der heute vorchriftsmäßig erfolgten Auslösung der zum 1. April 1860 einzulösenden Kreis-Obligationen sind nachstehende Nummern gezogen worden:

Litt. A à 1000 Thlr.	
Nr. 16.	Litt. B à 100 Thlr.
Nr. 30, 102, 205, 235.	Litt. C à 50 Thlr.
Nr. 135, 184, 262, 273, 290, 291, 359, 367, 382, 383.	Litt. D à 25 Thlr.
Nr. 50, 233, 338, 417, 572, 620, 662, 663, 664, 698, 732, 774, 777, 783, 807, 871, 875, 938, 955, 1047.	

Indem wir diese Kreisobligationen hierdurch kündigen, fordern wir deren Inhaber auf, die Baarzahlung des Nennwerthes gegen Zurücklieferung derselben in treflicher Zustand und der dazu gehörigen, noch nicht fälligen Coupons, bis zum 1. Oktober 1860 auf der Provinzial-Pfandkassette in Posen in Empfang zu nehmen, Posen, den 15. September 1859.

Die ständige Kommission für den Chaußeebau im Pleschener Kreise. Gregorovius, Mollard, v. Sokolnicki, Stiegler, Graf Laczanowski.

Bekanntmachung. Nach §. 4 des Amortisations-Planes für die Meseritzer Kreis-Obligationen sind heute zur Baarzahlung nachstehende 84 Kreis-Obligationen:

Litt. D. Nr. 2. 53. 54. 55. 123. 129. 130. 152. 153. 161. 162. 163. 164. 170. 171. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 479. 480. 481. 482. 560. 561. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 632. 683. 684. 698. 699. 700. 701. 724. 725. 726. 765. 766. 767. 772. 773. 774. 802. 803. 804. 805. 806. 825. 826. 827. 828. 853. 854. 855. 901. 902. 903. 904. 905. und 906.

im Gesamtbetrage von 2100 Thlr., in Worten Zwei Tausend Ein Hundert Thaler, ausgelöst. Die Inhaber dieser Meseritzer Kreis-Obligationen fordern wir hiermit auf, indem wir dieselben hierdurch auflösen, am 1. April 1860 den Nennwerth derselben mit den bis dahin fälligen Zinsen gegen Rückgabe der Kreis-Obligationen nebst den Zinscoupons bei der königlichen Kreiskasse in Meseritz baar in Empfang zu nehmen.

Meseritz, den 28. September 1859.
Die kreisständische Chaußee-Bau-Kommission.
Schneider, Brown.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Lobens, 1. Abtheilung.

Das dem Gutsherrn Ludwig Treue gehörige Mühlen- und Kiehl- und Viehweide, jedoch mit Ausschluß des durch Vertrag vom 6. Juli 1853 an den Ackerwirth Vincent Gole-niewicz abgetraffenen Theiles, abgetheilt auf 11,657 Thlr. 20 Sgr. zufolge der, nebst Hypothekenschein in unserm Bureau III. einzusehenden Taxe soll

am 6. Februar 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Der dem Aufentsitz nach unbekannte Gläubiger, Kreisgerichts-Sekretair Danwald zu Grömmen in Neuvorpommern wird hierzu öffentlich vorgeladen.
Lobens, den 7. Juli 1859.

Inserate und Börsen-Nachrichten.



Waaren-Auktion.

Wegen Aufgabe des Materialgeschäfts werde ich Montag den 3. Oktober 1859 Vormittags von 9 Uhr ab in dem Laden Breite-straße Nr. 6

die Reste der zurückgebliebenen Materialwaaren, Ladeneinrichtungen und Utensilien, so wie verschiedene andere Handelsgeräthschaften, Militärlack, Vitriolöl, geschlagenes echtes Blattgold, auch seinen Brotsucker, eine Dampfmaschine und leere Gefäße öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Zobel, gerichtlicher Auktionator.

Pferde-Verkauf.

Sirca 20 gute Gebrauchspferde sollen Mittwoch den 3. Oktober c. Vormittags von 9 Uhr ab auf dem Rautenplan hier selbst meistbietend verkauft werden.

Die Verkaufsbedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Die Besichtigung von ca. 250 Morgen, mit vollständigem Inventar, die Gebäude in bestem Zustande, umweilt Posen, ist unter annehmbaren Bedingungen sofort zu verkaufen.

Nähere Auskunft bei Herrn Heinrich Marcuse hier, Breitestr. 12.

In der Stadt Koźmin, Großherzogth. Posen, ist vom 1. April 1860 ab eine Brauerei unter solchen Bedingungen zu kaufen oder zu pachten. Die Stadt ist nach allen Richtungen von Chaußeen durchkreuzt und die Lage der Brauerei selbst sehr vorteilhaft. Die näheren Bedingungen sind auf franko Anfragen bei dem unterzeichneten Besitzer zu erfahren.

Wieczerski in Koźmin.

Eine im guten Zustande am Grabengewässer gelegene Färberei nebst Wohngebäude ist aus freier Hand zu verkaufen von

L. Gensar, Färber.

Wronke, den 30. September 1859.

Ich habe mich in Posen niedergelassen.

Posen im Oktober 1859.

Dr. H. Hirschberg,

praktischer Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Markt Nr. 33.

Berlin, den 1. Oktober 1859.

Mit Gegenwärtigem beehre ich mich meine geehrten Geschäftsfreunde zu benachrichtigen, daß ich das von mir bisher unter meiner Firma und für alleinige Rechnung geführte

Getreide- und Produkten-Kommissionsgeschäft

von heute ab gemeinschaftlich mit meinem Bruder, Herrn Michaelis Horwitz, unter der Firma

Gebrüder Horwitz

fortsetzen werde. Dankend für das mir bisher geschenkte Vertrauen, bitte ich, dasselbe der neuen Firma ferner gütigst zu Theil werden zu lassen.

L. B. Horwitz.

Comtoir: Neue Promenade Nr. 3.

A. & F. Zeuschner's

Atelier für Photographie, Panotypie und Portraitmalerei,

Wilhelmsstr. 25, neben Hotel de Bavière, ist täglich von 9-3 Uhr geöffnet.

Durch Anschaffung eines Apparats neuester verbesserter Construction sind wir in den Stand gesetzt,

grosse Photographieen

bis 17 Zoll im Quadrat, ohne Vorzeichnung, wie solche in Posen bisher noch nicht hergestellt worden, zu liefern.

Alte Schiebelampen

werden mit neuen Patent-Sparbrennern versehen und dadurch wie neue Lampen hergestellt. Auch werden alle Arten Lampen aufs schnellste und beste reparirt und in Stand gesetzt bei

E. Grosser, Wilhelmstr. 18.

Anfangs Oktober treffe ich in Posen ein, und nehme Bestellungen entgegen Herr Brauereigut Weiss in Posen, Wallishe.

Der Billardfabrikant Wahsner aus Breslau.

Dr. Eduard Meyer,

pract. Arzt, Wundarzt, Geburtshelfer etc., Special-Arzt für Geschlechtskrankheiten in Berlin, Krausenstrasse 62, wird fortfahren, Auswärtige brieflich zu be-

handeln. die ihre aus geschlechtlichen Ursachen jeder Art gestörte Gesundheit in kurzer Zeit wieder erlangen und dauernd befestigen wollen.

im neuesten Geschmack empfiehlt in reichster Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen, Proben nach Auswärts franko,

Nathan Charig in Posen.

Gutes Brönners Fleckenwasser empfing und empfiehlt billigt.

C. W. Kohlshütter Markt 58.

Kalk-Anzeige.

Außer stets frischem Stuckkalk verkaufe ich alten gelöschten Kalk, den Kubikfuß mit 5 Sgr., in meiner Kalkniederlage Wasserstraße Nr. 17.

Carl Hartwig.

Zeolith-Steinpappe

zur Dachdeckung unter Garantie der Dauerhaftigkeit, aus der Fabrik der Herren Diersch & Co. in Berlin, verkaufe ich zu Fabrikpreisen und übernehme gleichzeitig die komplette Eindeckung von Dächern, unter Zusage solider Arbeit und billiger Preise.

Rudolph Rabsilber,

Speditur in Posen, Breitestr. 20.

Die Kleinholz- und Kohlenhandlung

von Carl Hartwig, Wasserstraße Nr. 17,

empfiehlt alle Arten gutes, trockenes, feingehauenes Brennholz, beste ober-schlesische Steinkohlen und Holzkohlen zu den billigsten aber festen Preisen, und werden Preisverzeichnisse Wasserstraße Nr. 17, so wie Breslauerstraße Nr. 11 im Laden unentgeltlich verabreicht.

Zugleich erlaube ich mir ein geehrtes Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß das Holz bei mir erst gebauen gemessen wird, sich demnach jeder Käufer vom Maß überzeugen kann.

Heute Sonnabend den 1. Oktober mit dem Nachmittagszuge

komme ich mit einem Transport

ausgezeichneter frischmelkender

Kühe nebst Kälbern nach Posen, und logire

Budwigs Hotel.

Hamann.

Zum bevorstehenden Jahrmarkt in Posen wird

Herrmann Cohn aus Berlin

mit einem großen Lager rein leinener Waaren aller Art eintreffen, und wie frühere Jahre in

Busch's Hotel de Rome (Wilhelmsplatz) Parterre der Verkauf stattfinden.

Ich mache meine hochgeehrten hiesigen Kunden und die der Umgegend ganz besonders auf die diesmal äußerst billigen Preise aufmerksam. Der Preisvermerk in der nächsten Nummer dieser Zeitung. Hochachtungsvoll

Herrmann Cohn aus Berlin.

Neue Polifander-Flügel-Piano's,

stark und gefangreich im Ton, für deren Güte und äußerst sorgfältige Bauart 3 Jahre garantirt wird, empfiehlt zu den möglichst billigen Preisen die Pianoforte-Fabrik von

C. Ecke in Posen, Magazinstr. 1, neben dem königl. Kreisgericht.

Ausverkauf.

Durch Generalversammlungsbeschluss vom 8. d. Mts. von sämtlichen Mitgliedern der Gewerbehalle, Markt 55, sollen sämtliche Möbel, um damit schnell zu räumen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft werden.

Der Vorstand der Gewerbehalle.

Wichtig, wichtig für Jedermann!!!

Einem geehrten Publikum Posen und der Umgegend erlaube ich mir ganz gefasst anzuzeigen, daß ich mit meinen rein chemischen Fabrikaten auf meiner Rückreise von Schweden hier eingetroffen bin. Dieselben bestehen aus einer achten Bleifolge, welche alle Flecke ohne Unterschied aus Stoffen jeden Gewebes entfernt, ohne den Zeugen oder der Farbe im Geringsten zu schaden. Das Stück nebst Gebrauchsanweisung 1 und 2/2 Sgr. Rechten Glas- und Porzellan-Ritt, weiß und braun, zum Ritten aller zerbrochenen Gegenstände, die Stange nebst Anweisung 1 und 2/2 Sgr. Chemisch-präparirte Schleifer zum Schärfen der Rasir- u. Federmesser, chirurgischer und anatomischer Instrumente, welche gleichzeitig das Rosten derselben verhindert. Stück nebst Anweisung 1 u. 2 Sgr. Feuerdiamant, womit man alle Arten von Glas schneiden kann, die Stange nebst Anw. 2/2 Sgr. und so mehrere in dieses Fach einschlagende Artikel. Ein geehrtes Publikum bitte ich genau auf meinen Namen und meine Firma zu achten, da man sich unterfangen hat, meine Fabrikate nachzuahmen. Ich gebe zu jedem einzelnen Artikel der Waaren, welche von mir gekauft werden, ein Rezept oder Gebrauchsanweisung, welche mit meinem Namen und Firma versehen sind, und leistet stets für solche Waaren Garantie.

Ergebenst

Rudolf Horte,

Fabrikant chemischer Erzeugnisse aus Schwerin a. d. W.

Mein Stand ist an der Fontaine vis-à-vis dem Kaufmann Herrn Schmidt.

Fluide Imperial in Glas à 25 Sgr. Das Neueste die Haare in 20 Minuten braun und schwarz zu färben, ist zu haben bei J. J. Heine, Markt 55.

Stralsunder Spielkarten

empfiehlt zu Fabrikpreisen Adolph Asch, Schloßstraße 5.

Brust-Malzshrup

gegen jede Art von Husten und Brustleiden, von mehreren hiesigen Ärzten als wirksam anerkannt, ist täglich frisch gekostet und nur allein echt zu haben beim Brauer G. Weiss, Wallishe 6.

In der Bayrisch-Brauerei von

Jean Lambert in Posen

ist fortwährend bis zum 15. Nov. noch

altes bayrisches Lagerbier,

Kulmbacher und

Porter

zu haben.

Berliner Weißbier

in bester Qualität, auf Fässern und in Krufen, empfiehlt der Brauer

G. Weiss.

Der längst erwartete Schweizer und echte Limburger Käse ist eingetroffen und empfehlen solchen in besonders schöner Qualität.

Krug & Fabricius,

Breslauerstraße Nr. 11.

Wate Pectorale
Seltene
Medaille
1845
von Apotheker George in Schmal
1845
Schachtel 6 Sgr. oder 30 Kr. Schachtel 8 Sgr. oder 24 Kr.
sich bewähren. A. S. Splingier, im Bazar und is-a-vis der Postuhr.

Weinlares Gräber Bier
empfehlen zu soliden Preisen und bitten um gütigen Zuspruch
J. Lange, St. Martin Nr. 28.

Grünberger Weintrauben
Mit dem 15. d. M. werde ich meine Trauben zu verkaufen beginnen und pro Pfund netto mit 2 1/2 Sgr. berechnen. Gefäß und Gebrauchsanweisung zur Kur gratis. Bestellungen und Gelde erbitte franco
Gustav Pils,
Böttchermeister und Weinbergbesitzer.
Grünberg, den 10. September 1859.

Grünberger
Kur- und Speisetrauben
bester Qualität, 15 Pfund 1 Thlr., Verpackung gratis, empfiehlt gegen Einfindung des Betrages oder Entnahme durch Postvorschuß
S. Kurz, Weinbergbesitzer.
Grünberg in Schl., im September 1859.

Isidor Busch,
Frischen fetten geräucherten Weiselaß und Danziger Speckfunden empfang
Wilhelmsplatz 16.

Krammetsvögel, stets frisch,
bei **H. G. Wolf,** unter d. Weintraube.

Es werden 5-600 Thlr. auf ein Landgut unweit Posen im Werthe von 4000 Thlr. zur ersten Hypothek gegen pünktliche Zinszahlung gesucht. Zu erfragen bei dem Schankwirth Herrn Konopiński in Posen, Kränzels-gasse Nr. 34.

1/2 Lotterieloose sind abzulaufen St. Martin 74 im Schanklokal.

Ich wohne jetzt Kanonenplatz Nr. 3 Parterre, im neuen Hause des Herrn Breslauer.
Dr. Goldmann,
homöopathischer Arzt.

Ich wohne jetzt:
Schulstraße Nr. 11.
K. F. Silberstein.

Hebamme Prager wohnt v. m. ab i. Hause des Hrn. Danziger. Eing.: Klosterstr. 8.

Berlinerstraße 29 sind zwei möbl. Zimmer zu vermieten.

Zwei gut möblierte Stuben Parterre, sind in Krugs Hotel auf St. Martin zu vermieten.

Eine möblierte Stube mit Beheizung ist zu vermieten vom 2. Oktober Venetianerstr. 5/6. Zu erfragen ebenfalls bei H. Koffer.

Capitaplag 3 sind zwei elegant möbl. Stuben n. v. sofort zu vermieten.

Breslauerstr. 15, 1. Et. 2. St. f. verm. Näh. das.

Eine Parterre-Wohnung, bestehend aus zwei Stuben nebst Küche und Kammer ist zu vermieten bei
H. Schneider,
Hohegasse Nr. 4 (St. Martin).

Wronker- u. Krämerstr. - Ecke ist 1 Wohnung von 2 Stub. mit und ohne Möbel zu verm.

Eine möblierte Stube ist sofort zu vermieten bei A. Bardfeldt, Hôtel de Bavière.

Bresl. Str. 30 Stall u. Rem. z. v. Näh. b. Wirth.

Fonds- u. Aktien-Börse.
Berlin, 30. September 1859.

Eisenbahn-Aktien.	
Aachen-Düsseldorf	3 1/2
Aachen-Masticht	4 19 B
Amsterd. Rotterd.	4 71 G
Berg. Märk. Lit. A.	4 77 1/2 B
do. Lit. B.	4 —
Berlin-Anhalt A.B.	4 109 B
do. Lit. C.	4 105 etw B
Berlin-Hamburg	4 102 1/2 G
Berl. Potsd. Magd.	4 121 G
Berlin-Stettin	4 97 B u G
Bresl. Schw. Freib.	4 85 B
Brieg-Weise	4 48 B
Cöln-Erfeld	4 70 B
Cöln-Minden	3 127 G
Cos. Dberb. (Wittg.)	4 39 B
do. Stamm-Pr.	4 —
do. do.	4 —
Essen-Zittauer	4 —
Frankf. a. M. B.	4 135 1/2 B u B
Magdeb. Halberst.	4 186 B
Magdeb. Wittenb.	4 35 1/2 B
Mainz-Ludwigsh.	4 90 1/2 B
do. C.	5 89 1/2 B
Medlenburger	4 46 1/2 G, 1/2 B
Münster-Hammer	4 —
Neustadt-Weisenb.	4 —
Niederschles. Märk.	4 89 1/2 B
Niederschles. Zwickb.	4 —
do. Stamm-Pr.	4 —
do. do.	4 —
Nordb. Fr. Wilsb.	4 47 B
Oberchl. Lit. A. u. C.	3 111 G
do. Lit. B.	3 105 1/2 B
Deft. Franz. Staat.	5 144 1/2 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.	
Berl. Kassenverein	4 118 B
Berl. Handels-Ges.	4 78 1/2 B
Braunschw. St. A.	4 85 1/2 etw B u G
Bremer	4 95 B
Coburg. Kredit-As.	4 58 1/2 B
Danzig. Priv. Bk.	4 76 G
Darmstädter abzgl.	4 73 G
do. Ver. Scheine	—
do. Zettel - St. A.	4 88 1/2 G
Deffauer Kredit-As.	4 26 1/2 etw-26 B u B
Disk. Comm. Anth.	4 97 B
Genfer Kredit. St. A.	4 39 B
Geraer	4 77 1/2 G
Gothaer Priv. do.	4 75 B
Hannoversche do.	4 90 1/2 B
Königsb. Priv. do.	4 80 1/2 G
Köpenh. Kredit-As.	4 62 1/2 B
Luxemburger do.	4 —
Magdeb. Priv. do.	4 75 G
Meining. Kredit. do.	4 73 B
Moldau. Land. do.	4 —
Nord. europ. do.	4 80 1/2 G
Deft. Kredit-As.	5 82 1/2 1/2 B
Pomm. Mitt. do.	4 82 1/2 B

Industrie-Aktien.	
Deffau. Kont. Gas-As	5 88 1/2 B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5 75 B
Görder Hüttew. A.	5 79 G
Minerva, Bergw. A.	5 35 etw B
Neustädt. Hüttew. A.	5 9 1/2 B
Concordia	4 —
Magdeb. Feuerverf. A.	4 —
Prioritäts-Obligationen.	
Aachen-Düsseldorf	4 —
do. II. Em. A.	4 —
do. III. Em. A.	4 —
Aachen-Masticht	4 —
do. II. Em. A.	4 49 B
Bergsch. Märkische	5 101 G
do. II. Ser. 5	100 1/2 B
do. III. S. 3 1/2 (St. S.)	3 72 B
do. Düsselb. Oberf.	4 —
do. II. Em. 5	4 —
do. III. S. (D. S. S.)	4 81 B
do. II. Ser. 4	4 —
Berlin-Anhalt	4 —
do. 4	96 B
Berlin-Hamburg	4 —
do. II. Em. A.	4 —

Potsd. Wg. A.	
do. Litt. C.	4 89 B
do. Litt. D.	4 96 B
Berlin-Stettin	4 82 1/2 B III. 80 B
do. II. Em. A.	4 —
Cöln-Erfeld	4 —
Cöln-Minden	4 —
do. II. Em. 5	4 —
do. III. Em. A.	4 82 G
do. do.	4 88 B
do. IV. Em. A.	4 79 B
Cos. Dberb. (Wittg.)	4 —
do. III. Em. A.	4 —
Magdeb. Wittenb.	4 89 1/2 B
Niederschles. Märk.	4 89 1/2 B
do. conv.	4 —
do. conv. III. Ser. 4	4 —
do. IV. Ser. 5	4 —
Nordb. Fried. Wilsb.	4 98 1/2 G
Oberchl. Litt. A.	4 —
do. Litt. B.	4 —
do. Litt. D.	4 73 1/2 G
do. Litt. F.	4 88 B
Deftreich. Franzöf.	3 257 B
Prinz-Wilsb. I. Ser. 5	4 —
do. III. Ser. 5	4 —
Rheinische Pr. Obl.	4 81 1/2 G
do. v. Staatsgarant.	3 80 B
Ruhrort-Grefeld	4 —
do. II. Ser. 4	4 —
do. III. Ser. 4	4 —
Stargard-Posen	4 —
do. II. Em. A.	4 91 1/2 G
Thüringer	4 95 1/2 B
do. III. Ser. 4	4 97 1/2 B
do. IV. Ser. 4	4 94 1/2 G

Preussische Fonds.	
Freiwillige Anleihe	4 99 1/2 B
Staats-Anleihe 1859	5 103 1/2 B
do.	4 99 1/2 B
do. 1856	4 99 1/2 B
do. 1853	4 91 1/2 B
N. Präm.-St. A. 1855	3 111 1/2 B
Staats-Schuld.	3 83 1/2 B
Kur-u. Neum. Schuld	3 79 1/2 B
Berl. Stadt-Oblig.	4 98 1/2 B
do. Kur-u. Neum. A.	3 86 1/2 B
do. do.	4 94 G
Ostpreussische	3 80 1/2 B
Pommersche	3 84 1/2 B
do.	4 93 1/2 B
Posenische	4 99 G
do.	3 87 1/2 G
do. neue	3 85 1/2 G
Schlesische	3 84 1/2 G
B. Staat gar. B.	3 —
Westpreussische	3 81 1/2 B
do.	4 88 1/2 B
Kur-u. Neum. A.	4 91 1/2 B
Pommersche	4 91 G
Posenische	4 89 1/2 B
Preussische	4 90 1/2 B
Rhein- u. Westf.	4 92 B
Schlesische	4 91 1/2 G
Schlesische	4 91 B
Ausländische Fonds.	
Deft. Metalliques	5 59 1/2 G
do. National-Anl.	5 64 1/2 1/2 B
do. 250fl. Präm. D.	4 92 B
do. neue 100fl. Loose	5 54 B
do. 5. Etieglis-Anl.	5 96 B
do. do.	5 106 1/2 B
Englische Anl.	5 108 1/2 B
Poln. Schatz-D.	4 82 1/2 B

Gold, Silber und Papiergeld.	
Friedrichsd'or	— 113 1/2 B
Gold-Kronen	— 9. 3 B
Konigsd'or	— 108 1/2 G
Gold pr. 3. Pfd. f.	— 452 1/2 B
Dollars	— 1. 10 1/2 G
Silb. pr. 3. Pfd. f.	— 29. 20 B
R. Schatz. Kass. A.	— 99 1/2 B
Fremde Banknot.	— 99 B
do. (einkl. in Leipzig)	— 99 1/2 B
Fremde kleine	— 98 G
Deft. Banknoten	— 82 1/2 B
Poln. Bankbillet	— —
Wechsel-Kurse vom 29. Sept.	
Amsterd. 250fl. kurz	— 141 1/2 B
do. 2 M.	— 111 B
Hamb. 300fl. kurz	— 150 1/2 B
do. 2 M.	— 149 1/2 B
London 1 Eft. 3 M.	— 6. 12 1/2 B
Paris 300 fr. 2 M.	— 79 1/2 B
Wien 50 fl. 2 M.	— 82 1/2 B
Augsb. 100 fl. 2 M.	— 56. 24 B
Berlin 100 Tl. 2 M.	— 99 1/2 B
do. 2 M.	— 99 1/2 B
Frankf. 100 fl. 2 M.	— 56. 24 B
Petersb. 100 R. 3 M.	— 96 1/2 B
Bremen 100 Tl. 3 M.	— 108 1/2 B
Warschau 100 R. 3 M.	— 87 1/2 B

An der heutigen Börse wegen des zweiten jüdischen Festtages ein noch beschränkteres Geschäft, als gestern.
Breslau, 30. September. Der jüdischen hohen Festtage wegen kein Geschäft.
Schlußkurs: Deft. Kredit-Bank-Aktien 55 1/2 Gd. Schlesische Bankverein 74 Gd. Breslau-Schweidnitz-Frei-
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schlaube in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.